



Schweizer Wirtschaftspolitik: Reges Interesse und differenziertes Meinungsbild trotz Wissenslücken

Schweizer Jugendliche schätzen das Erfolgsmodell der Schweizer
Wirtschaft und Politik

Projektteam

Lukas Golder: Co-Leiter

Tobias Keller: Projektleiter

Olga Jenzer: Praktikantin Data Science und Politikanalyse

Daniel Bohn: Projektmitarbeiter

Roland Rey: Mitarbeiter Administration

Bern, 15. Dezember 2021

Inhaltsverzeichnis

1	MANAGEMENT SUMMARY	4
2	EINLEITUNG	7
2.1	Mandat und Zielsetzung	7
2.2	Datenbasis	7
3	AUSGANGS- UND INTERESSENLAGE	9
3.1	Interesse für kostenlosen und praxisnahen Kurs.....	10
3.2	Interesse nach wirtschaftspolitischen Themengebiete	12
4	MEINUNGEN UND WAHRNEHMUNGEN	15
4.1	Zustimmung zu verschiedenen Meinungen zur Schweizer Wirtschaftspolitik.....	15
4.2	Zustimmung zur Wahrnehmung der Schweizer Wirtschaftspolitik.....	20
4.3	Wahrnehmung der Verteilungssituation	23
5	WISSENSFRAGEN	24
5.1	Subjektiv eingeschätzter Wissensstand	24
5.2	Objektiver Wissensstand	26
6	MEINUNGSBILDUNG UND INFORMATIONSKANÄLE	30
6.1	Neuigkeiten Wirtschaftspolitik	30
6.2	Vertrauen in Akteure	32
6.3	Gewünschte Informationskanäle	33
7	ANLIEGEN UND FORSCHUNGSSCHWERPUNKTE	35
7.1	Soziale Mobilität.....	36
7.2	Institutionen	38
7.3	Steuern.....	40
8	ANHANG	43
8.1	gfs.bern-Team	43

1 Management Summary

"MEGA"-THEMEN: KLIMA, GLEICH- BERECHTIGUNG UND WORK-LIFE- BALANCE

16- bis 30-jährige Schweizer:innen interessieren sich für wirtschaftliche und wirtschaftspolitische Themen. Ganz oben stehen die "Mega"-Trends: Umwelt- und Klimaschutz, gleicher Lohn für Mann und Frau, Chancengleichheit bei Beruf und Bildung sowie Work-Life-Balance. Festzuhalten gilt auch, dass wirtschaftspolitische Volksabstimmungen die 16-30-Jährigen sehr bewegen. Das stimmt mit der laufenden Politisierung der Jugend überein.

SCHWEIZER ERFOLGS- MODELL

Die Schweizer Wirtschaftspolitik ist geprägt vom Schweizer Erfolgsmodell. Hierbei sind sich die Befragten einig: Die Schweiz ist stark im Bereich der Innovationen, die direkte Demokratie ist fähig, zukünftige Herausforderungen zu bewältigen, und die Personenfreizügigkeit für qualifiziertes Personal ist notwendig. Gegenüber dem Staat hegen die Jungen dieselben grundsätzlichen Vorbehalte wie gegenüber der Wirtschaft.

GENERATIONEN- KONFLIKT UND KLUFT ZWISCHEN ARM UND REICH

Die 16- bis 30-Jährigen finden, dass die staatliche Verschuldung vermieden werden sollte, da sie ansonsten das Geld zurückzahlen müssten. Ebenso besorgt sind sie, dass sie wegen des gleichbleibenden Rentenalters mehr zahlen müssten als die Generationen vor ihnen. Schliesslich sorgen sie sich auch darum, dass die Kluft zwischen Arm und Reich in der Schweiz immer grösser wird.

WISSENS- LÜCKEN UND UN- SICHERHEITEN VORHANDEN

Trotz relativ hoher subjektiver Wissens einschätzung und hohem Interesse konnten viele klassische Wissensfragen nicht korrekt beantwortet werden. Während das Thema Jugendarbeitslosigkeit noch relativ gut beantwortet wurde, konnten Fragen zu Staatsausgaben, Ungleichheit und Umverteilung nur von Wenigen richtig beantwortet werden. Zudem herrscht bei vielen wichtigen Themen der Schweizer Wirtschaftspolitik eine grosse Unsicherheit über die Sachlage.

**WUNSCH NACH
MODERNEN IN-
FORMATIONSKANÄLEN**

Mehr Informationen zur Schweizer Wirtschaftspolitik wünschen sich die Befragten über eine Webseite des Instituts, einer News-App, Doku-Filme auf Streaming-Plattformen oder YouTube. Traditionellere Wege über Online-Artikel von Zeitungen oder ausführliche pdf-Artikel mit Links kämen bei den Befragten ebenfalls gut an.

**"MEGA"-TRENDS
UND LÖSUNGEN
AUS SICHT DER
WIRTSCHAFTS-
POLITIK**

Jugendliche und junge Erwachsene haben einen ausgeprägten Gerechtigkeitssinn und erwarten Lösungen für "Mega"-Trend-Themen von der Schweizer Wirtschaftspolitik – oder zumindest wissenschaftliche Lösungen. Konkret brennen Fragen zum Klimawandel und wie die Energiewende umgesetzt werden kann, wie die Kluft zwischen Arm und Reich sich verringern liesse und inwiefern Care-Arbeit stärker entlohnt werden könnte. Denn vor allem während Corona ist das Thema Care-Arbeit und freiwillige Pflege wieder weiter oben auf deren Agenda gerückt.

**SOZIALE
MOBILITÄT:
FLEISS, SOZIALES
NETZWERK UND
ETWAS GLÜCK**

Soziale Mobilität haben verschiedene der Jugendlichen bereits selbst erlebt, indem sie vom dualen Bildungssystem der Schweiz profitieren können, das sie als zentralen Eckpfeiler für soziale Mobilität (nach oben) sehen. Dennoch benötigt es gemäss ihnen Fleiss, ein soziales Netzwerk und ein Quäntchen Glück, um den sozialen Aufstieg zu schaffen. Gleichzeitig ist ihnen bewusst, dass es nicht nur Akademiker:innen braucht. Das Lehrsystem muss weiterhin attraktiv bleiben.

**INSTITUTIONEN:
TRANSPARENZ
UND KORRUPTION**

Hinsichtlich der Forschung zu Institutionen interessieren vor allem die Schwerpunkte Transparenz und die Verhinderung von Korruption. Typisches Beispiel hierfür ist die viel diskutierte Parteifinanzierung, bei der sich einige mehr Transparenz wünschen. Beim Stichwort Korruption hat einzelne interessiert, weshalb Landwirtschaftszonen zu Bauzonen deklariert werden. Unklare Prozesse fördern Gerüchte und Misstrauen. Deshalb werden transparente Prozesse befürwortet.



Steuern sind auch bei jungen Erwachsenen ein grosses Thema. Im Vergleich zum Ausland finden sie das Schweizer Steuersystem gut. Dennoch sehen sie Verbesserungspotenzial: Sie wünschen sich mehr Transparenz hinsichtlich der Staatsausgaben, ein gerechtes Steuersystem und womöglich mehr Investitionen in die Bildung.

2 Einleitung

2.1 Mandat und Zielsetzung

Das neu gegründete Institut für Schweizer Wirtschaftspolitik (IWP) will mit Evidenzbasierten Erkenntnissen das Wirtschaftsgeschehen durchleuchten, Wissenslücken schliessen und Zusammenhänge vermitteln. Ein besonderes Augenmerk gilt dabei der Jugend. Um das Kaleidoskop der Zugänge, der Plattformen, der Motive, Einstellungen, Werte und Erfahrungen zur Schweizer Wirtschaft zu verstehen und damit tatsächlich vorhandene Wissensbedürfnisse zu erfüllen, soll die empirische Sozialforschung den Grundstein für den Dialog über Wirtschaftspolitik legen.

gfs.bern wurde beauftragt, eine quantitative Befragung sowie Fokusgruppen-Gespräche durchzuführen, damit empirische Daten und Resultate vorliegen, um Forschungsthemen anzuregen und den Wirtschaftsdialog anzustossen.

2.2 Datenbasis

Vom 13. bis 30. August 2021 wurden insgesamt 1'064 Personen der Schweizer Wohnbevölkerung zwischen 16 und 30 Jahren befragt, die mindestens einer Landessprache mächtig sind (Deutsch, Französisch oder Italienisch). 85 Prozent der Befragten wurden aus dem hauseigenen Online-Panel Polittrends rekrutiert und 15 Prozent aus dem ergänzenden Online-Panel von Bilendi. Personen aus dem Polittrends-Panel sind im Durchschnitt leicht politisch und gesellschaftlich interessierter als der/die Durchschnittsbürger:in, während diejenigen aus dem Bilendi-Panel stärker an Produkt- und Marktbefragungen interessiert sind. Diese beiden Online-Panels ergänzen sich dementsprechend. Die Befragten wurden nach Alter, Geschlecht und Sprache (interlocked) quotiert, wobei ein Oversampling bei Französisch- und Italienischsprechenden vorgenommen wurde. Dieses Oversampling wurde gemacht, um auch genügend Fälle in diesen Regionen zu haben und aussagekräftige Resultate über diese Sprachregionen zu erhalten.

Tabelle 1: Methodische Details

Auftraggeber	Institut für Schweizer Wirtschaftspolitik
Grundgesamtheit	Schweizer Wohnbevölkerung zwischen 16 und 30 Jahren
Datenerhebung	Online-Panel (Polittrends und Bilendi im Verhältnis 85% zu 15%)
Befragungszeitraum	13. – 30. August 2021
Stichprobengrösse	Total Befragte CH N = 1'064
Quoten und Gewichtung	Quotiert nach Alter, Geschlecht und Sprache (interlocked) Gewichtet nach Alter x Geschlecht, Alter x Kanton, Sprache, Abstammung KVI
Stichprobenfehler	±3.2 Prozent bei 50/50 und 95-prozentiger Wahrscheinlichkeit

©gfs.bern, Jugend im Wirtschaftsdialog, September 2021

Tabelle 2: Stichprobenfehler

Ausgewählte statistische Stichprobenfehler nach Stichprobengrösse und Basisverteilung		
Stichprobengrösse	Fehlerquote Basisverteilung	
	50% zu 50%	20% zu 80%
N = 1'000	±3.2 Prozentpunkte	±2.5 Prozentpunkte
N = 600	±4.1 Prozentpunkte	±3.3 Prozentpunkte
N = 100	±10.0 Prozentpunkte	±8.1 Prozentpunkte
N = 50	±14.0 Prozentpunkte	±11.5 Prozentpunkte

Lesebeispiel: Bei rund 1'000 Befragten und einem ausgewiesenen Wert von 50 Prozent liegt der effektive Wert zwischen 50 Prozent ±3.2 Prozentpunkte, bei einem Basiswert von 20 Prozent zwischen 20 Prozent ±2.5 Prozentpunkte. Dabei setzt man in der Umfrageforschung zumeist ein Sicherheitsmass von 95 Prozent, das heisst man akzeptiert eine Irrtumswahrscheinlichkeit von 5 Prozent, dass der nachgewiesene statistische Zusammenhang so in der Bevölkerung nicht vorhanden ist.

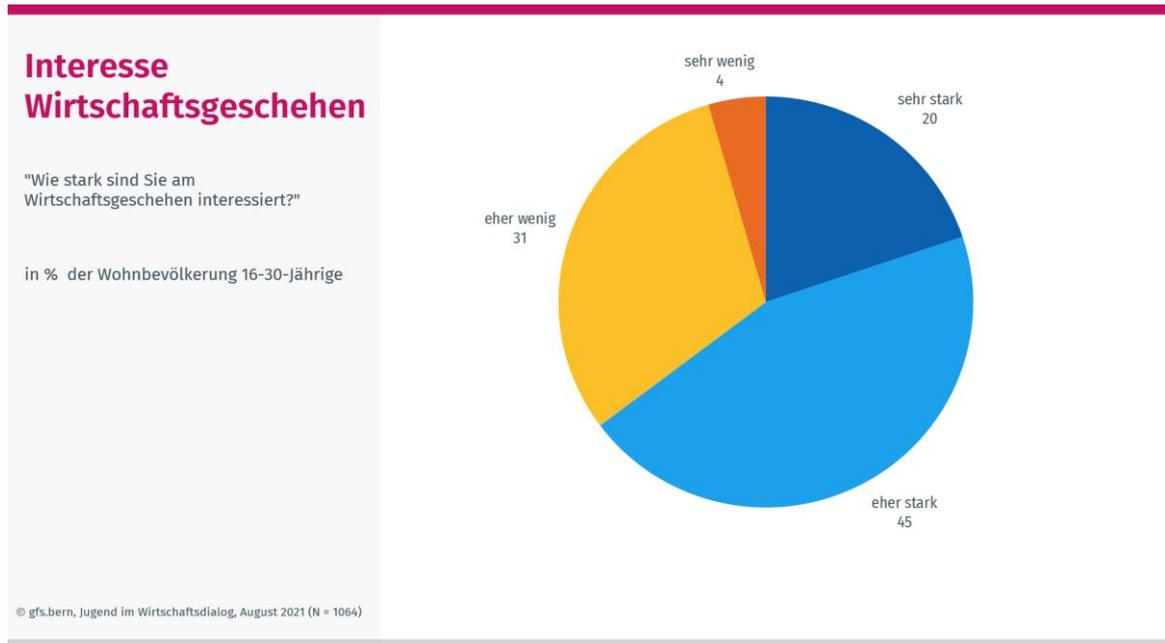
©gfs.bern, Jugend im Wirtschaftsdialog, September 2021

Ebenfalls wurden **FÜNF QUALITATIVE FOKUSGRUPPEN** mit je vier bis sieben Teilnehmenden mit folgenden Kriterien durchgeführt: Alter zwischen 16–30, entweder der deutschen oder französischen Sprache mächtig und wohnhaft in der Schweiz. Fokusgruppe 1 bestand aus zwei Männern und zwei Frauen (deutschsprachig). Fokusgruppe 2 bestand aus vier Männern und drei Frauen (deutschsprachig). Fokusgruppe 3 bestand aus vier Männern und zwei Frauen (französischsprachig). Fokusgruppe 4 bestand aus vier Männern und zwei Frauen (französischsprachig). Die Personen wurden grossmehrheitlich aus dem Polittrends-Panel rekrutiert. Lediglich eine Person wurde von Testing Time organisiert. Eine Fokusgruppe wurde von Melanie Häner, Bereichsleiterin am IWP, an der Universität Luzern mit Studierenden durchgeführt. An dieser Fokusgruppe nahmen 4 Männer und 2 Frauen teil (deutschsprachig). Die Resultate der Fokusgruppe sind jeweils dementsprechend im Schlussbericht gekennzeichnet. Ein standardisierter Leitfaden galt als Grundlage für die Fokusgruppen. Die Fokusgruppen-Gespräche dauerten zwischen 90 und 120 Minuten.

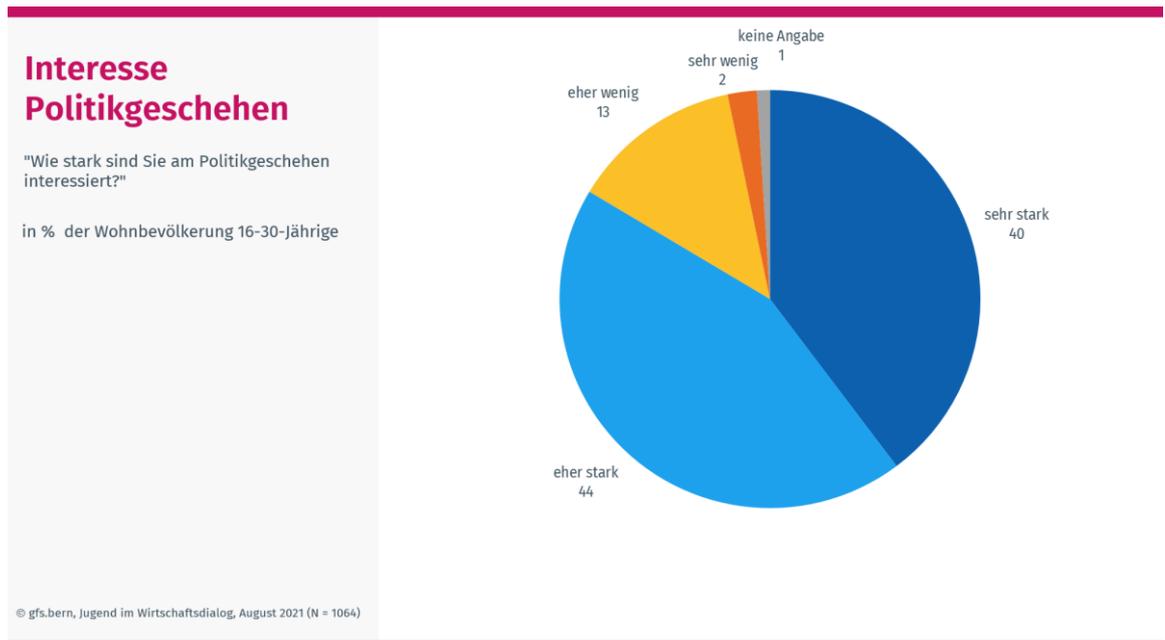
3 Ausgangs- und Interessenslage

Jugendliche und junge Erwachsene im Alter von 16 bis 30 Jahren, die an der Online-Befragung teilgenommen haben, sind grösstenteils interessiert am Wirtschafts- und Politikgeschehen. Ungeachtet einer möglichen Involvierungsverzerrung darf davon ausgegangen werden, dass dies insgesamt für junge Erwachsene gilt: Politik und Wirtschaft stossen bei ihnen auf ein grundsätzlich reges Interesse, das durch die aktuelle Corona-Pandemie weiter akzentuiert wurde (siehe Grafik 1 und 2).

Grafik 1



Grafik 2

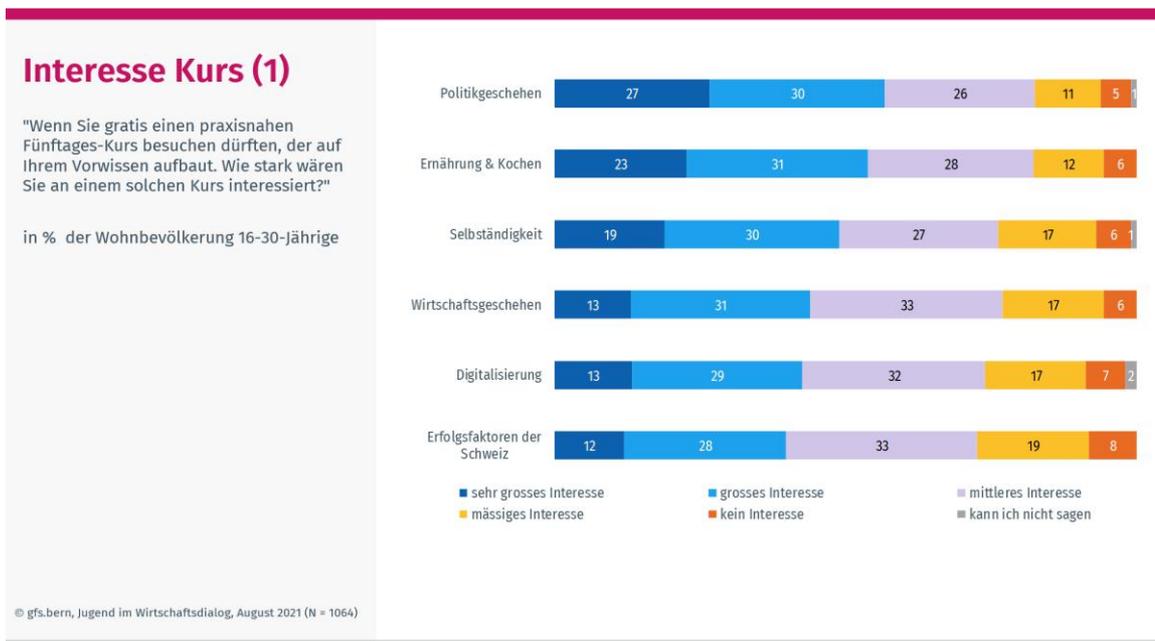


3.1 Interesse für kostenlosen und praxisnahen Kurs

Eine andere Herangehensweise, um die Interessen der Jugendlichen und jungen Erwachsenen zu ermitteln, besteht darin, sie zu fragen, welchen von verschiedenen kostenlosen und praxisnahen Fünftages-Kursen sie gerne besuchen würden.

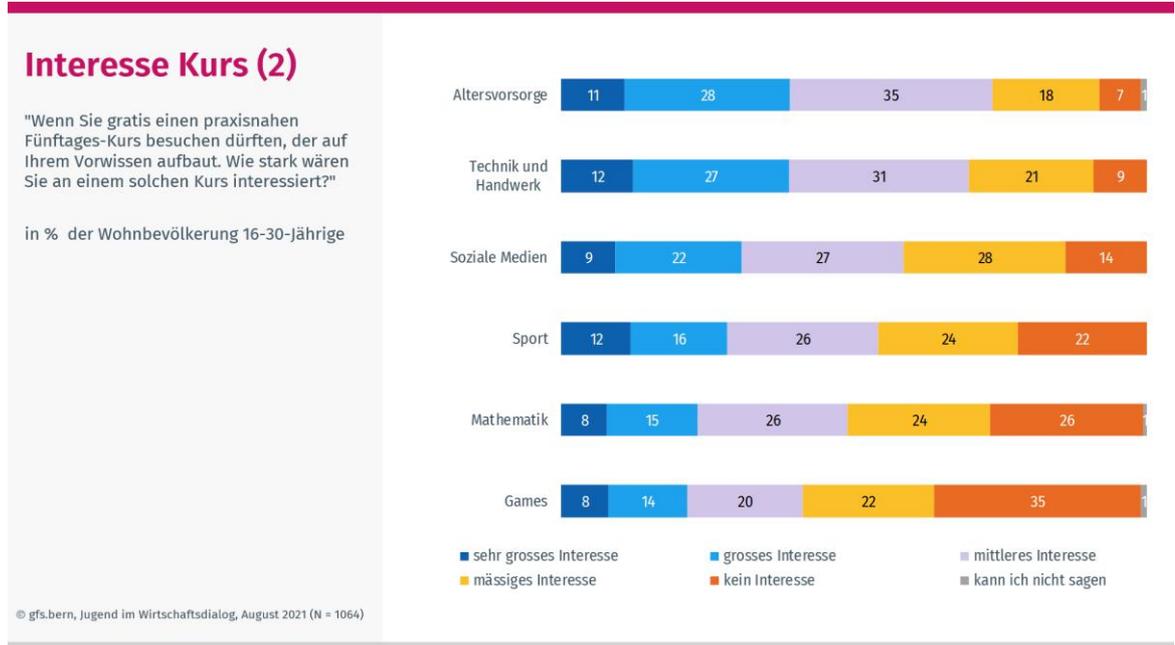
Ähnlich wie oben interessieren sich die Meisten (sehr) stark für das Politikgeschehen (57%). Ebenfalls interessieren sich mehr als die Hälfte (sehr) stark für Ernährung und Kochen (54%). Einen fünftägigen Kurs zu "Selbstständigkeit" würde die Hälfte (sehr) gerne absolvieren (49%). Ähnlich viele liessen sich auch für einen Kurs zum Thema "Wirtschaftsgeschehen" begeistern (44%). Die Digitalisierung (42%) und Erfolgsfaktoren der Schweiz (40%) landen ebenfalls in den Top 5 der beliebtesten Kursmöglichkeiten.

Grafik 3



In der hinteren Hälfte der Rangliste interessieren sich ebenfalls noch rund 40 Prozent für die Altersvorsorge und das Thema "Technik und Handwerk" (Grafik 4). Hingegen fallen Alltagsthemen etwas ab, mutmasslich weil die Jugendlichen damit schon genügend konfrontiert werden bzw. sich ohnehin schon gut damit auskennen: Weniger als ein Drittel interessiert sich (sehr) für soziale Medien (31%), Sport (28%) und Games (22%). Auch für Mathematik hält sich das Interesse in Grenzen (23%).

Grafik 4

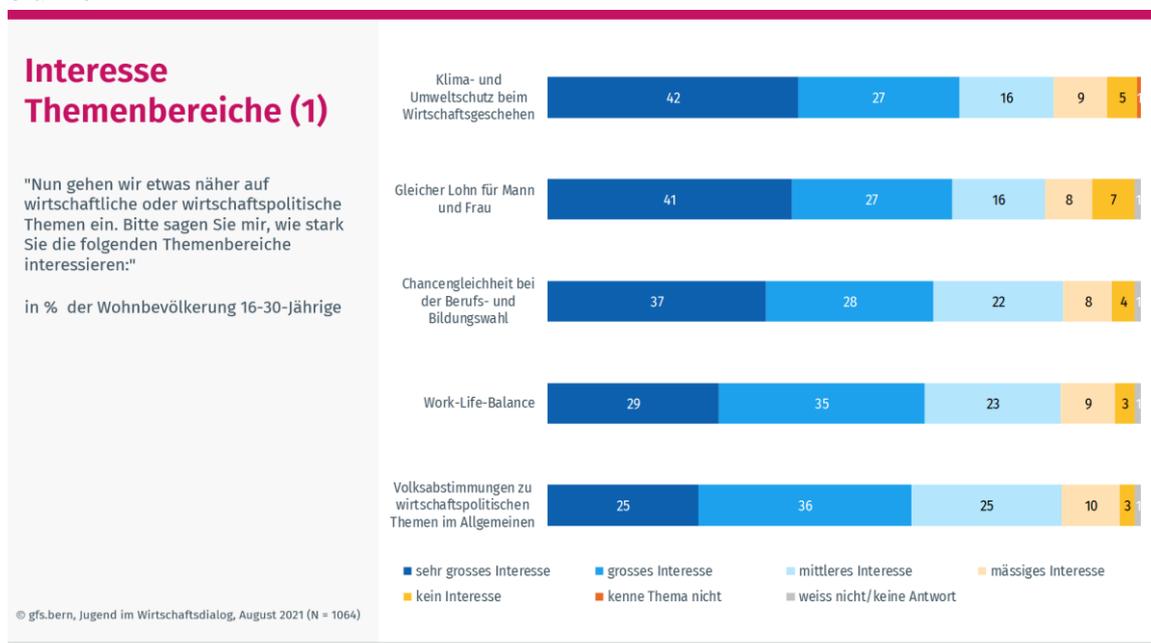


3.2 Interesse nach wirtschaftspolitischen Themengebiete

Mit Fokus auf das Wirtschaftsgeschehen konnten verschiedene Teilbereiche identifiziert werden, die bei den Befragten von besonderem Interesse sind.

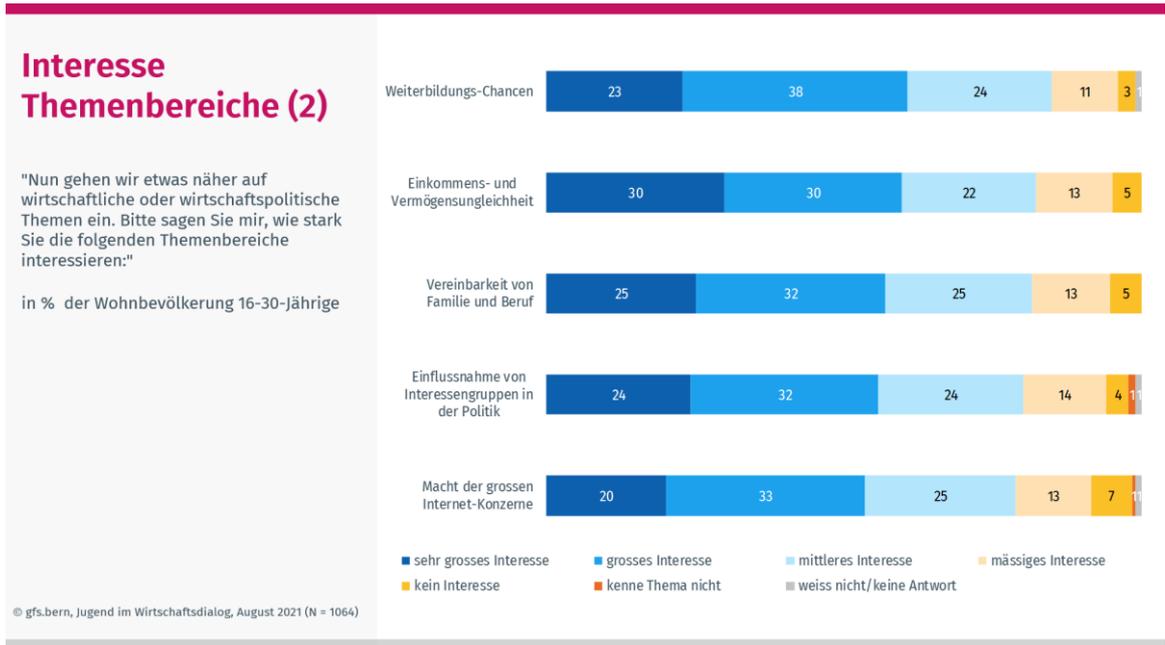
Während das Interesse bei drei Vierteln der Themenbereiche insgesamt als gross eingestuft werden kann, führen die sogenannten "Mega"-Themen die Rangliste an: 69 Prozent respektive 68 Prozent haben (sehr) grosses Interesse an wirtschaftlichen Antworten auf den Klima- und Umweltschutz sowie an der Frage der Lohngleichheit von Mann und Frau. Ebenfalls in den Top 5 rangieren andere Job-fokussierte Themen: Nämlich die Chancengleichheit bei Berufs- und Bildungswahl (65%) und die Work-Life-Balance (64%). Das letzte Top-5-Thema, für das sich die Befragten interessieren, sind Volksabstimmungen zu wirtschaftspolitischen Themen im Allgemeinen (Grafik 5).

Grafik 5



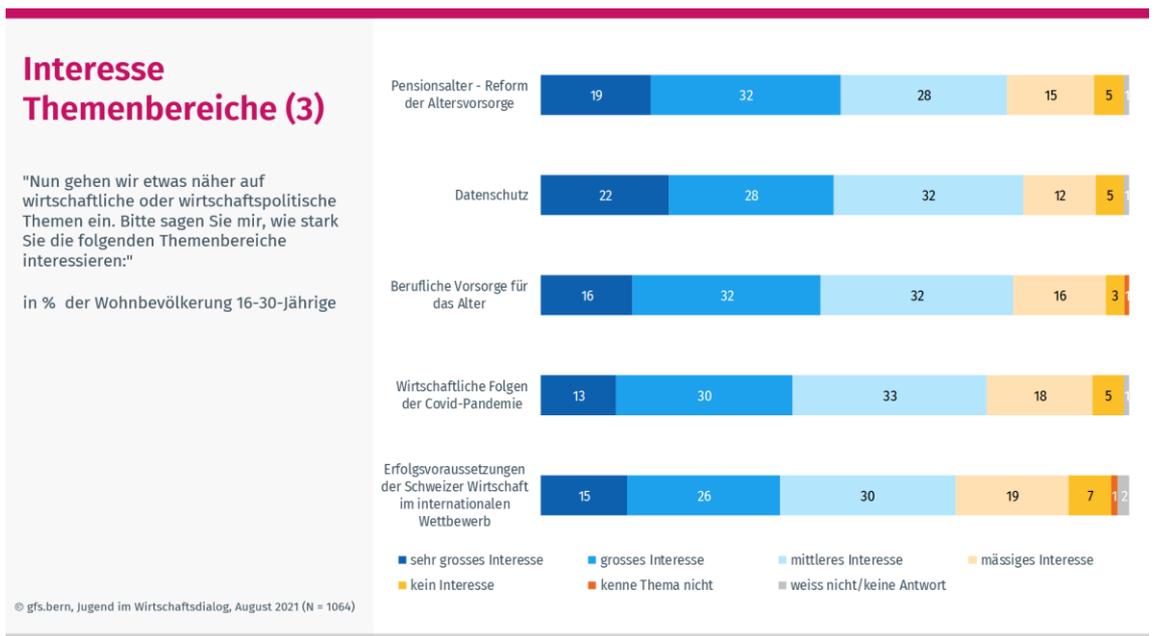
Themen zum übergeordneten Thema "Gerechtigkeit und Fairness", im Sinne von gleichem Lohn für gleiche Leistung und gleichen Chancen in der Berufswelt, finden sich auch in den Top 10: Es interessieren sich 61 Prozent für Weiterbildungschancen und 60 Prozent für Einkommens- und Vermögensungleichheit. Während der Begriff Work-Life-Balance in den Top 5 liegt, liegt die Vereinbarkeit von Familie und Beruf "nur" in den Top 10 (57%). Ein weiteres Politikthema, nämlich die Einflussnahme von Interessensgruppen in der Politik, stösst auch noch auf mehrheitliches Interesse (57%). Das erste Digital-Thema, das es knapp in die Top 10 der Interessen geschafft hat, ist die Frage nach der Macht der grossen Internet-Konzerne (z.B. Google, Facebook, Amazon etc.) (Grafik 6).

Grafik 6



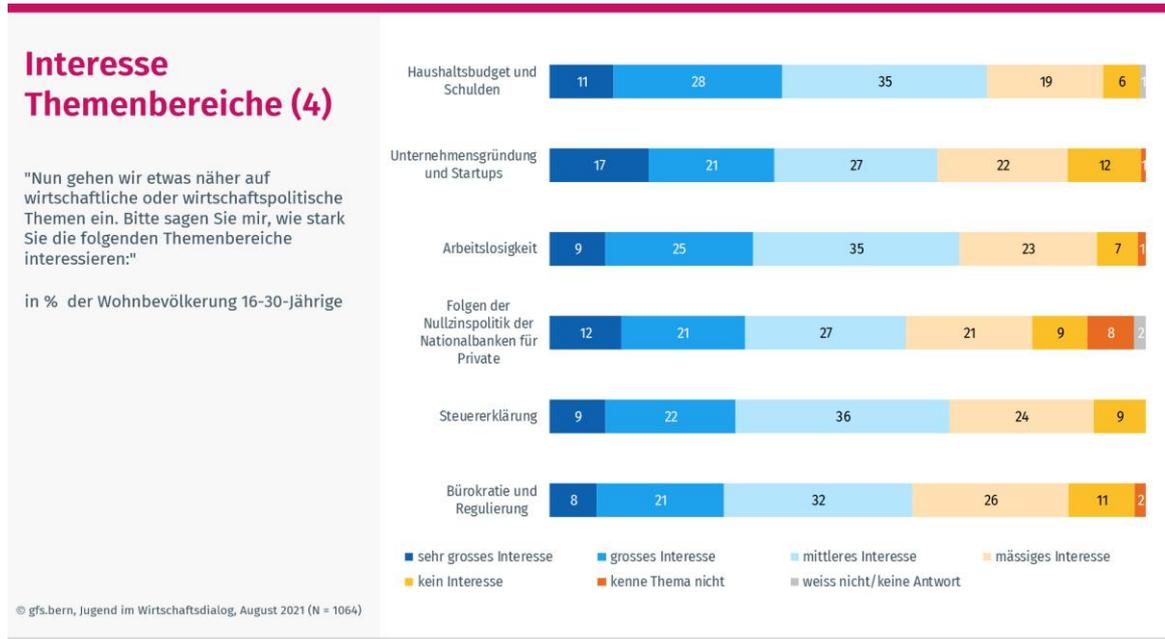
In den Top 15 befindet sich mit "Datenschutz" ein weiteres Digital-Thema (50%). Vergleichsweise hohes Interesse erhält das Thema Altersvorsorge: 51 Prozent gaben an, sich für die Reform der Altersvorsorge (sehr) stark zu interessieren (Stichwort: Pensionsalter), und 48 Prozent interessieren sich (sehr) für die berufliche Vorsorge für das Alter (Stichwort: AHV). Etwas überraschend wollen "nur" 43 Prozent mehr über die wirtschaftlichen Folgen der Corona-Pandemie erfahren. Ebenfalls keine Mehrheit findet die Frage nach den Erfolgsvoraussetzungen der Schweizer Wirtschaft im internationalen Wettbewerb (41%) (Grafik 7).

Grafik 7



Die fünf Themen, die am wenigsten Interesse hervorrufen, sind solche, die auf den ersten Blick abstrakt wirken: Darunter finden sich Themen wie das Haushaltsbudget und Schulden (39%), Folgen der Nullzinspolitik der Nationalbanken für Private (33%) oder Bürokratie und Regulierung (29%). Themen, die weniger abstrakt wirken, sind Unternehmensgründung und Startups (38%), Arbeitslosigkeit (33%) und die Steuererklärung (31%) (Grafik 8).

Grafik 8



Da sehr viele Themenbereiche grosse Beachtung fanden, wurden die Befragten gebeten, sich für dasjenige Thema zu entscheiden, das sie am meisten interessiert.

Gemäss dieser Entscheidung gaben 22 Prozent an, sich am stärksten für **KLIMA- UND UMWELTSCHUTZ BEIM WIRTSCHAFTSGESCHEHEN** zu interessieren und 10 Prozent für das Thema **GLEICHER LOHN FÜR MANN UND FRAU**. Während diese beiden Themen oben herausstechen, verteilen sich die restlichen Themen einigermaßen ähnlich: Work-Life-Balance sowie Unternehmensgründung und Startup erreichen je 6 Prozent, Chancengleichheit bei Berufs- und Bildungswahl sowie Volksabstimmungen zu wirtschaftspolitischen Themen im Allgemeinen je 5 Prozent. Weiterbildungschancen und Einflussnahmen von Interessensgruppen in der Politik erreichen noch je 4 Prozent. Schliesslich erreichen die Themen "Erfolgsvoraussetzungen der Schweizer Wirtschaft im internationalen Wettbewerb" und die "Vereinbarkeit von Familie und Beruf" sowie "Datenschutz" noch je 3 Prozent. Für alle anderen Themen interessieren sich weniger als 3 Prozent der Befragten.

4 Meinungen und Wahrnehmungen

In den **FOKUSGRUPPEN** wurden Jugendliche gebeten, mit einer Auswahl von Emojis aufzuzeigen, welche Emotion der Begriff "Schweizer Wirtschaftspolitik" bei ihnen auslöst und weshalb.

Der Grundtenor bei allen Fokusgruppen ist, **DASS DIE SCHWEIZER WIRTSCHAFTSPOLITIK EINE SEHR KOMPLEXE ANGELEGENHEIT IST, SIE ABER MIT DER AKTUELLEN WIRTSCHAFTSPOLITISCHEN SITUATION IN DER SCHWEIZ INSGESAM (DANK DER DIREKTEN DEMOKRATIE) ZUFRIEDEN SIND**. Vor allem die Teilnehmenden der Fokusgruppen 2 und 5 waren äusserst zufrieden mit der Art und Weise, wie die Politik die Rahmenbedingungen für die Wirtschaft setzt. Komplex sei die Schweizer Wirtschaftspolitik aber, weil viele Aspekte für die Bürger nicht transparent und nachvollziehbar seien. Entscheidungen und Prozesse würden oftmals hinter verschlossenen Türen gefällt. Zum Beispiel wurde die Überzeugung geäussert, dass Unternehmenssteuern ständig gesenkt würden, normale Bürger:innen hingegen immer mehr Steuern zahlen müssten. Ebenfalls herrscht bei einzelnen Fokusgruppenteilnehmenden eine grundsätzliche Skepsis gegenüber der "Elite": **"JE DIRAIS QUE LA SUISSE N'EST PAS DIRIGÉE QUE PAR LES RICHES, MAIS LES PERSONNES AU GOUVERNEMENT SONT SOUVENT DE CLASSE AISÉE. DONC JE SAIS JAMAIS SI LES INTÉRÊTS DES PERSONNES PLUS PAUVRES SERONT VRAIMENT PRIS EN COMPTE."** (FOKUSGRUPPE 3)

INSGESAM wünschen sie sich, mehr verlässliches Wissen zu erhalten und mehr Hintergründe über Entscheidungen und Zusammenhänge zu erfahren, da die Wirtschaftspolitik ein wichtiges Thema sei, das alle Bürger:innen und Steuerzahler:innen direkt betreffe.

Die Befragten haben in der **QUANTITATIVEN STUDIE** verschiedene Aussagen zur Schweizer Wirtschaftspolitik zur Bewertung erhalten, die ihre Meinungen respektive ihre Wahrnehmung davon wiedergeben soll. Dabei ist zu beachten, dass die Unterscheidung von Meinungen und Wahrnehmungen nicht trennscharf ist. Wahrnehmungen können auf Meinungen basieren, müssen aber nicht einer Meinung entsprechen.

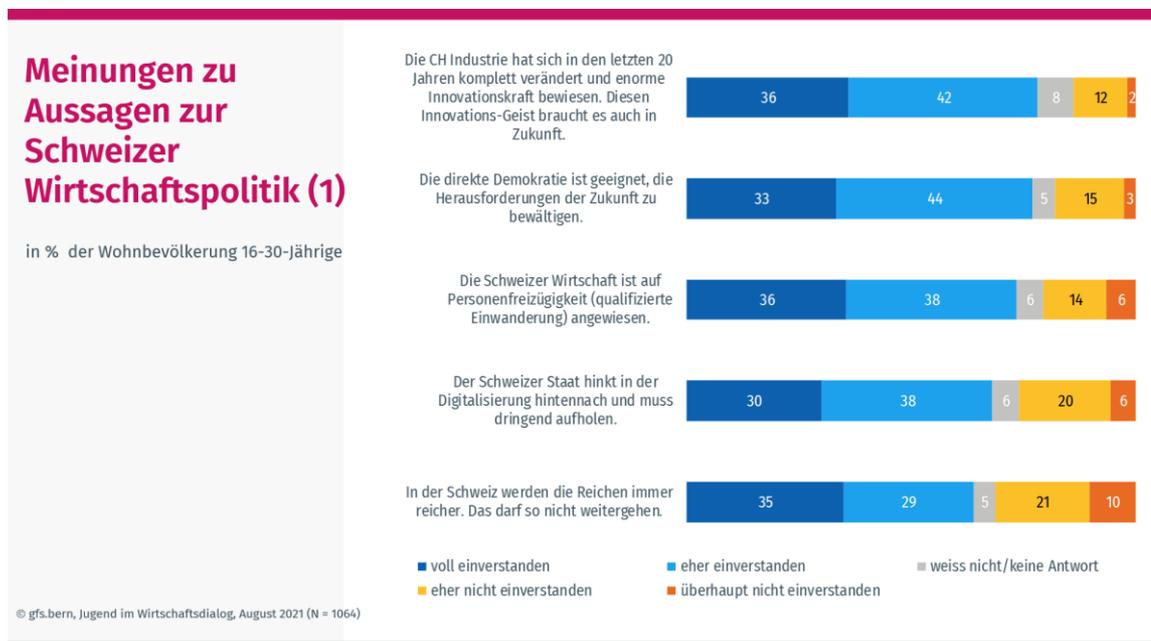
4.1 Zustimmung zu verschiedenen Meinungen zur Schweizer Wirtschaftspolitik

Den Jugendlichen und jungen Erwachsenen in der **QUANTITATIVEN BEFRAGUNG** wurden verschiedene Aussagen der Schweizer Wirtschaftspolitik vorgelegt, um herauszufinden, mit welchen sie einverstanden und mit welchen sie nicht einverstanden sind. Daraus lässt sich ein vielfältiges Meinungsbild ableiten.

Am meisten Zustimmung erhält das (wirtschaftliche) Erfolgsrezept der Schweiz: 78 Prozent stimmen der Aussage zu, dass die Schweiz Innovationskraft bewiesen hat – und diese Innovationen weiterhin nötig sind. Ebenso stimmen fast so viele der Aussage zu, dass die direkte Demokratie geeignet ist, die Herausforderungen der Zukunft zu bewältigen (77%). Schliesslich stimmen die Meisten der Aussage zu, dass die Schweizer Wirtschaft auf die Personenfreizügigkeit für qualifiziertes Personal angewiesen ist (74%).

Zwei kritischere Aussagen erhalten auch grossmehrheitliche Zustimmung: Zum einen muss die Schweiz bei der Digitalisierung dringend aufholen (68%) und etwas dagegen tun, dass die Kluft zwischen Arm und Reich nicht grösser wird (64%) (Grafik 9). Zum anderen wird der Aktienmarkt mit ähnlich hoher Zustimmung kritisiert: Er ist zu einer Wettbörse für Reiche geworden und sollte stärker besteuert werden (61%).

Grafik 9

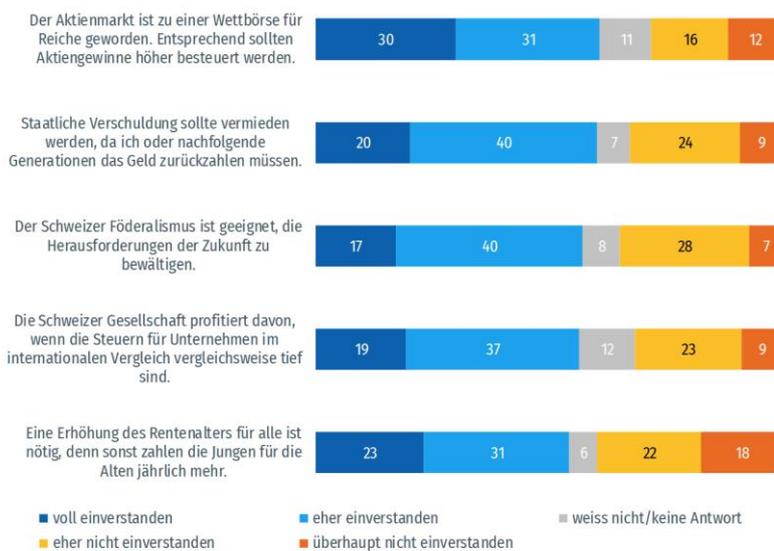


Im Übrigen haben die Befragten ein Auge auf Fragen der Generationengerechtigkeit: Dass die staatliche Verschuldung vermieden werden sollte, da sonst die nachfolgenden Generationen das Geld in Form höherer Steuern zurückzahlen müssen, findet bei 60 Prozent Zustimmung (Grafik 10). Ebenfalls erhielt die generationenkritische Aussage, dass die Erhöhung des Rentenalters nötig sei, damit keine Umverteilung von Jung zu Alt stattfindet, mehrheitliche Zustimmung mit 54 Prozent. 57 Prozent stimmten der Aussage zu, dass der Schweizer Föderalismus geeignet ist, die Herausforderungen der Zukunft zu bewältigen. Schliesslich findet auch eine Mehrheit von 56 Prozent, dass die Schweizer Gesellschaft insgesamt davon profitiere, dass die Steuern für Unternehmen im internationalen Vergleich relativ tief sind. Dies scheint im Widerspruch zur kritischen Haltung gegenüber der Senkung von Unternehmenssteuern zu stehen. Doch zeigt sich hier wie anderswo ein differenziertes Bild: Vergleichsweise niedrige Unternehmenssteuern können zwar für die Gesellschaft insgesamt von Nutzen sein, doch darf dies nicht auf Kosten der Steuerzahler:innen gehen.

Grafik 10

Meinungen zu Aussagen zur Schweizer Wirtschaftspolitik (2)

in % der Wohnbevölkerung 16-30-jährige



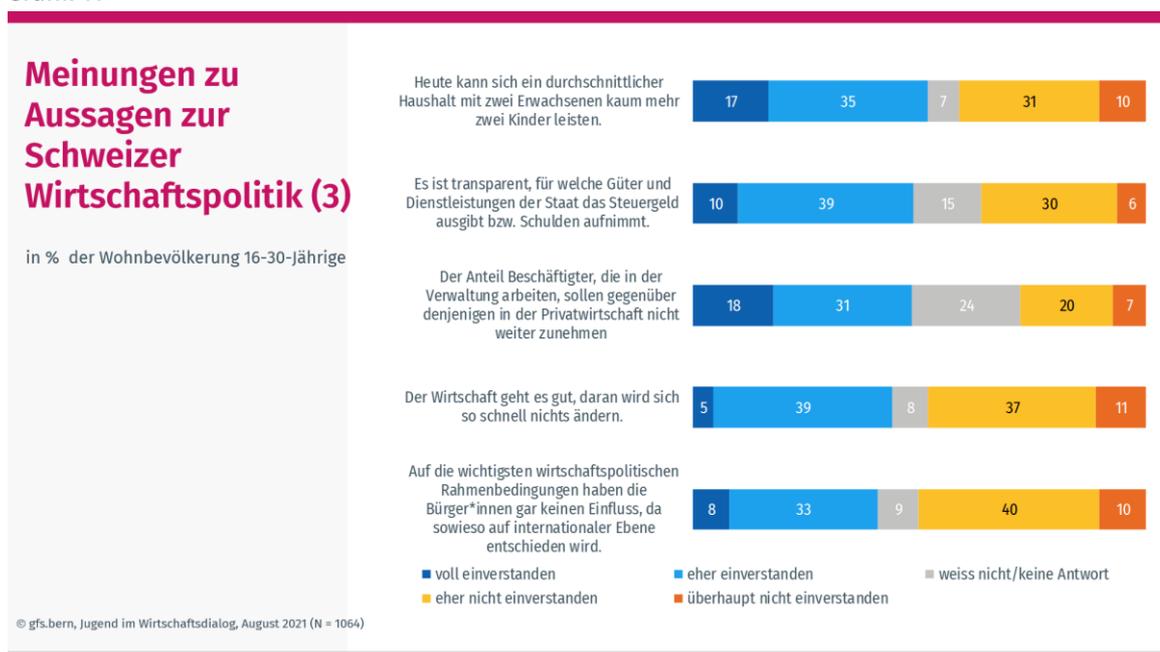
© gfs.bern, Jugend im Wirtschaftsdialog, August 2021 (N = 1064)

Nun folgen einige stark polarisierte Aussagen. Das heisst, ähnlich viele Befragte sind mit einer Aussage einverstanden respektive nicht einverstanden. Am stärksten umstritten sind folgende drei Aussagen:

- Ein durchschnittlicher Haushalt mit zwei Erwachsenen kann sich kaum mehr zwei Kinder leisten (52% Zustimmung und 41% Ablehnung).
- Der Wirtschaft geht es gut, daran wird sich so schnell nichts ändern (44% Zustimmung und 48% Ablehnung).
- Auf die wichtigsten wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen haben die Bürger:innen gar keinen Einfluss, da sowieso auf internationaler Ebene entschieden wird (41% Zustimmung und 50% Ablehnung).

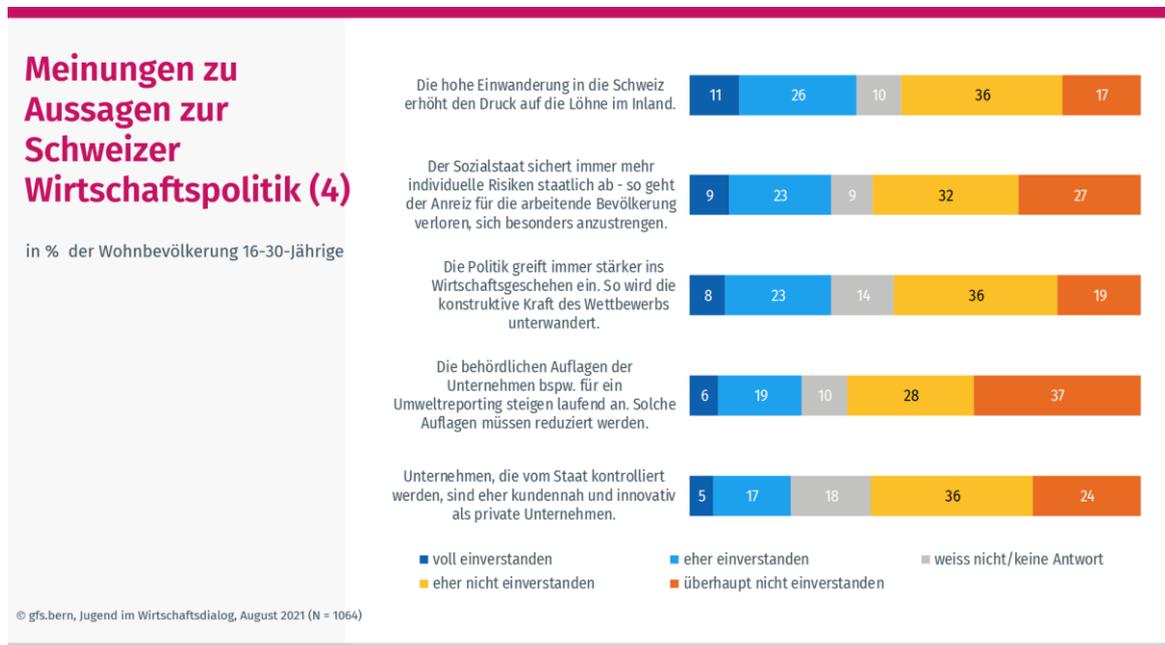
Ebenfalls umstritten ist die Aussage, dass es transparent sei, für welche Güter und Dienstleistungen der Staat das Steuergeld ausgibt bzw. Schulden aufnimmt (41% dafür, 36% dagegen). Der Forderung, wonach der Anteil von Verwaltungsangestellten gegenüber jenem von Angestellten in der Privatwirtschaft nicht weiter zunehmen soll, stimmen 49 Prozent zu. 27 Prozent sehen dies anders, wobei knapp ein Viertel dazu keine Antwort abgegeben respektive "weiss nicht" angekreuzt hat.

Grafik 11



Schliesslich gibt es auch verschiedene Aussagen, die mehrheitlich abgelehnt werden: Dass die hohe Einwanderung in die Schweiz den Druck auf die Löhne im Inland erhöhe, wird von 53 Prozent bestritten. 59 Prozent lehnen auch die Behauptung ab, dass der Sozialstaat immer mehr individuelle Risiken staatlich absichere und dadurch den Anreiz in der arbeitenden Bevölkerung, sich anzustrengen, reduziere. 54 Prozent glauben nicht, dass die Politik immer stärker ins Wirtschaftsgeschehen eingreife, sodass die konstruktive Kraft des Wettbewerbs unterwandert werde. Die Ansicht, dass die behördlichen Auflagen der Unternehmen bspw. für Umwelt-Reportings laufend steige und deshalb reduziert werden sollte, teilen 65 Prozent nicht. Umgekehrt legen 60 Prozent eine reservierte Haltung gegenüber vom Staat kontrollierten Unternehmen an den Tag: Sie bezweifeln, dass staatsnahe Unternehmen eher kundennah und innovativ sind als private Unternehmen.

Grafik 12



4.2 Zustimmung zur Wahrnehmung der Schweizer Wirtschaftspolitik

Den Befragten wurden ebenfalls verschiedene Aussagen zur Schweizer Wirtschaftspolitik vorgelegt, die sie bewerten konnten. Daraus lässt sich die Wahrnehmung der Schweizer Wirtschaftspolitik ableiten (Grafiken 13-15).

Sehr grosse Zustimmung erhält die Aussage, dass die Schweiz wirtschaftlich erfolgreich sei, weil die politischen Institutionen vergleichsweise gut funktionieren (Demokratie und Rechtsstaat) (82%). Ebenfalls erhält die Aussage – gleich wie bei den Meinungen – viel Zustimmung, dass die Ungleichheit der Vermögen in den letzten Jahren stark angestiegen sei (78%). Eine klare Mehrheit teilt ebenfalls die Wahrnehmung, dass die Ungleichheit der Einkommen in der Schweiz in den letzten Jahren stark angestiegen sei (70%). Insgesamt positiv ist die Wahrnehmung der sozialen Mobilität in der Schweiz. Doch es zeigt sich zugleich ein differenziertes Bild darüber, wie man in der Schweizer Gesellschaft "nach oben" kommen kann: durch Bildung (76%), Beziehungen (72%) oder viel Fleiss (58%).

Weniger Zustimmung bekommt die Aussage, dass die persönlichen Aufstiegschancen besser seien als diejenigen der Eltern (52% Zustimmung vs. 41% Ablehnung). Während die Schweizer Institutionen gute Noten erhalten, kommen politische Akteure und Interessenverbände weniger gut weg: Nur eine kleine Mehrheit führt den Erfolg der Schweiz auf die Arbeit von Parteien, Interessensgemeinschaften und Wirtschaftsverbänden zurück (51% Zustimmung vs. 39% Ablehnung). Schliesslich ist trotz zugestandener sozialer Mobilität umstritten, dass in der Schweiz eine Karriere vom Tellerwäscher zum Millionär möglich sei (42% Zustimmung vs. 50% Ablehnung).

Grosse Unsicherheiten liessen sich bei folgenden Aussagen aufzeigen:

- Die Haushalte der Mittelschicht sind in den letzten Jahren stark zurückgefallen (51% Zustimmung vs. 31% Ablehnung vs. 18% weiss nicht resp. keine Angabe).
- Die Schweiz gibt einen geringeren Anteil ihres Staatsbudgets für Soziales aus im Vergleich zu anderen Industrieländer (39% Zustimmung vs. 41% Ablehnung vs. 20% weiss nicht resp. keine Angabe).
- Die Staatsausgaben der Schweiz sind in den letzten 20 Jahren stärker gewachsen als die Wirtschaftskraft (29% Zustimmung vs. 37% Ablehnung vs. 34% weiss nicht resp. keine Angabe).
- Die Haushalte mit den hohen Einkommen sind in den letzten Jahren stark zurückgefallen (15% Zustimmung vs. 61% Ablehnung vs. 24% weiss nicht resp. keine Angabe).

Grafik 13

Wahrnehmung Schweizer Wirtschaftspolitik (1)

"Wie genau treffen die folgenden Aussagen Ihrer Ansicht nach auf die Wirtschaft zu?"

in % der Wohnbevölkerung 16-30-Jährige

Die Schweiz ist wirtschaftlich erfolgreich, weil die politischen Institutionen vergleichsweise gut funktionieren (Regierung, Parlament, Gerichte,...



Die Ungleichheit der Vermögen ist in der Schweiz in den letzten Jahren stark angestiegen.



In der Schweizer Gesellschaft kommt man am ehesten durch Bildung nach oben.



In der Schweizer Gesellschaft kommt man am ehesten durch Beziehungen nach oben.



■ trifft voll und ganz zu ■ trifft eher zu ■ weiss nicht/keine Antwort ■ trifft eher nicht zu ■ trifft überhaupt nicht zu

© gfs.bern, Jugend im Wirtschaftsdialog, August 2021 (N = 1064)

Grafik 14

Wahrnehmung Schweizer Wirtschaftspolitik (2)

"Wie genau treffen die folgenden Aussagen Ihrer Ansicht nach auf die Wirtschaft zu?"

in % der Wohnbevölkerung 16-30-Jährige

Die Ungleichheit der Einkommen ist in der Schweiz in den letzten Jahren stark angestiegen.



In der Schweizer Gesellschaft kommt man am ehesten durch Fleiss nach oben.



Meine beruflichen Aufstiegschancen sind besser als jene meiner Eltern, als sie in meinem Alter waren.



Die Schweiz ist erfolgreich, weil die Parteien, Interessengemeinschaften und Wirtschaftsverbände einen guten Job machen.



■ trifft voll und ganz zu ■ trifft eher zu ■ weiss nicht/keine Antwort ■ trifft eher nicht zu ■ trifft überhaupt nicht zu

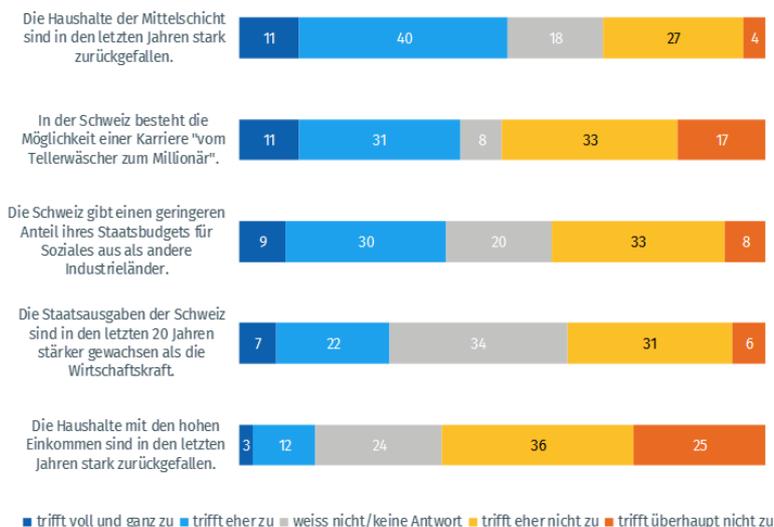
© gfs.bern, Jugend im Wirtschaftsdialog, August 2021 (N = 1064)

Grafik 15

Wahrnehmung Schweizer Wirtschaftspolitik (3)

"Wie genau treffen die folgenden Aussagen Ihrer Ansicht nach auf die Wirtschaft zu?"

in % der Wohnbevölkerung 16-30-Jährige

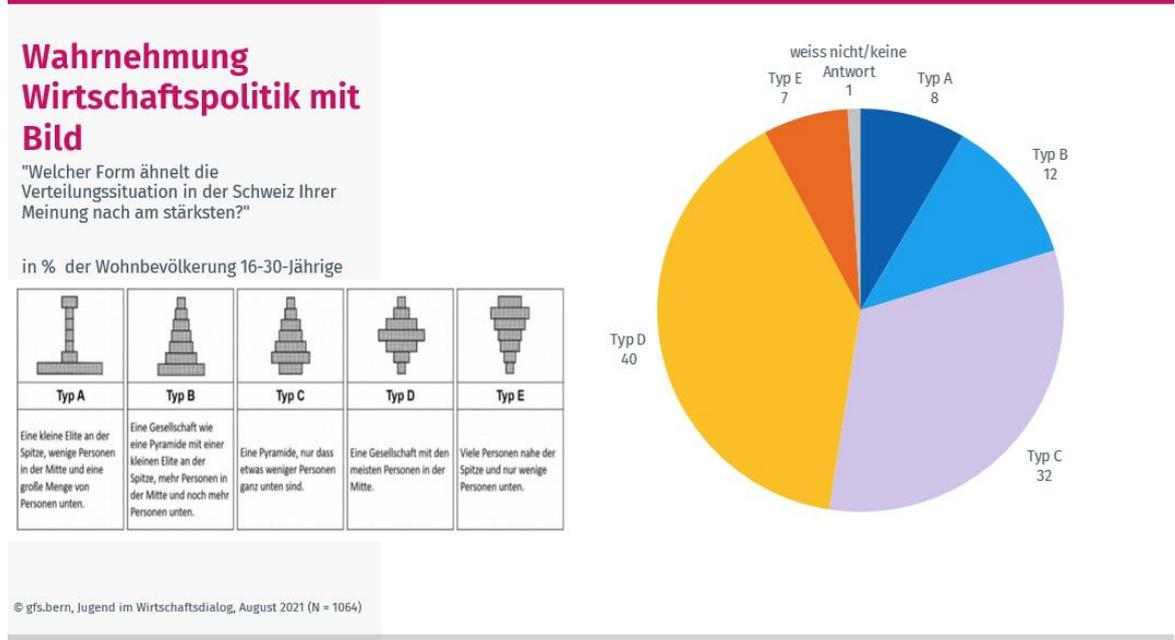


© gfs.bern, Jugend im Wirtschaftsdialog, August 2021 (N = 1064)

4.3 Wahrnehmung der Verteilungssituation

Den Befragten wurden schliesslich noch verschiedene Verteilungssituationen aufgezeigt, die sie der Schweiz zuordnen sollten. Die Meisten nehmen die Schweiz als eine "Normalverteilung" (Typ D "Raute") wahr (40%) und am zweithäufigsten wird Typ C "Tannenbaum" (32%), also eine Pyramide mit weniger Personen ganz unten, genannt. Effektiv ¹ entspricht die Verteilung einer Mischung aus Typ D und Typ C, womit ein grosser Teil der Befragten eine realitätsgetreue Vorstellung der Verteilung in der Schweiz hat.

Grafik 16



¹ <https://www.avenir-suisse.ch/microsite/verteilung/welcher-gesellschaftstyp-ist-die-schweiz/> (letzter Zugriff am 24.11.2021)

5 Wissensfragen

Der Wissensstand wurde in zwei Schritten abgefragt. Zuerst wurden die Teilnehmenden gebeten, ihren eigenen Wissensstand zu verschiedenen Themen einzuschätzen. Anschliessend wurden ihnen Fragen zu wirtschaftspolitischen Themen gestellt.

5.1 Subjektiv eingeschätzter Wissensstand

Die Befragten wurden gebeten, ihren Wissensstand in Bezug zu jenem ihrer Freund:innen zu bewerten. Dadurch lässt sich aufzeigen, in welchen Gebieten sie sich fachkundiger fühlen als ihr soziales Netzwerk (Grafik 17 und 18).

Was sich schon bei den Interessen gezeigt hat, findet sich auch beim subjektiv empfundenen Wissensstand wieder: 74 Prozent bewerten ihren Wissensstand zu Politik höher als jenen ihrer Freund:innen. Auch schätzen sie ihren Wissensstand zur Digitalisierung (62%) als mehrheitlich (sehr) gut ein. Eine knappe Mehrheit beurteilt auch ihren Wissensstand zu Technik(-Trends) als (sehr) gut.

In den Bereichen Wirtschaftsgeschehen (52%) und Wirtschaftspolitik (51%) fühlt sich immerhin eine knappe Mehrheit kompetent. Anders sieht es in den Bereichen Altersvorsorge und Sozialversicherungen aus. Hier definieren sich nur 45% bzw. 40% als kompetent.

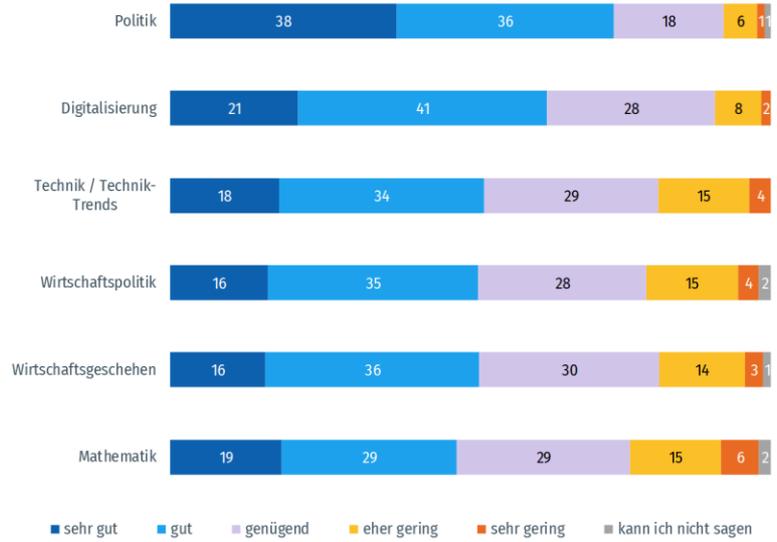
Am wenigsten sattelfest schätzen sie ihr Wissen zu Kleidern und Mode (32%) und zu Games resp. Gaming-Trends (31%) ein. Diese Selbsteinschätzung ist eher überraschend, dürfte aber damit zusammenhängen, dass die Befragten ihr Wissen mit jenem gleichaltriger Freunde vergleichen.

Grafik 17

Subjektiver Wissensstand (1)

"Wie bewerten Sie Ihren Wissensstand in den folgenden Gebieten relativ zu Ihren Freunden?"

in % der Wohnbevölkerung 16-30-jährige



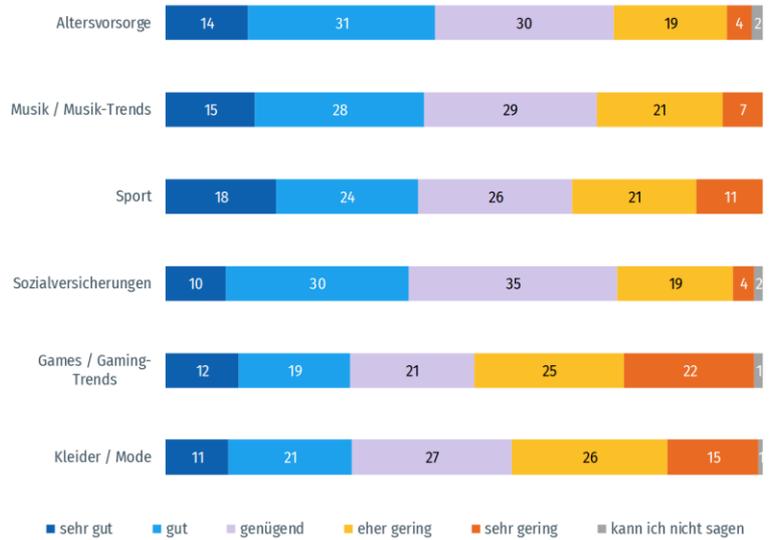
© gfs.bern, Jugend im Wirtschaftsdialog, August 2021 (N = 1064)

Grafik 18

Subjektiver Wissensstand (2)

"Wie bewerten Sie Ihren Wissensstand in den folgenden Gebieten relativ zu Ihren Freunden?"

in % der Wohnbevölkerung 16-30-jährige

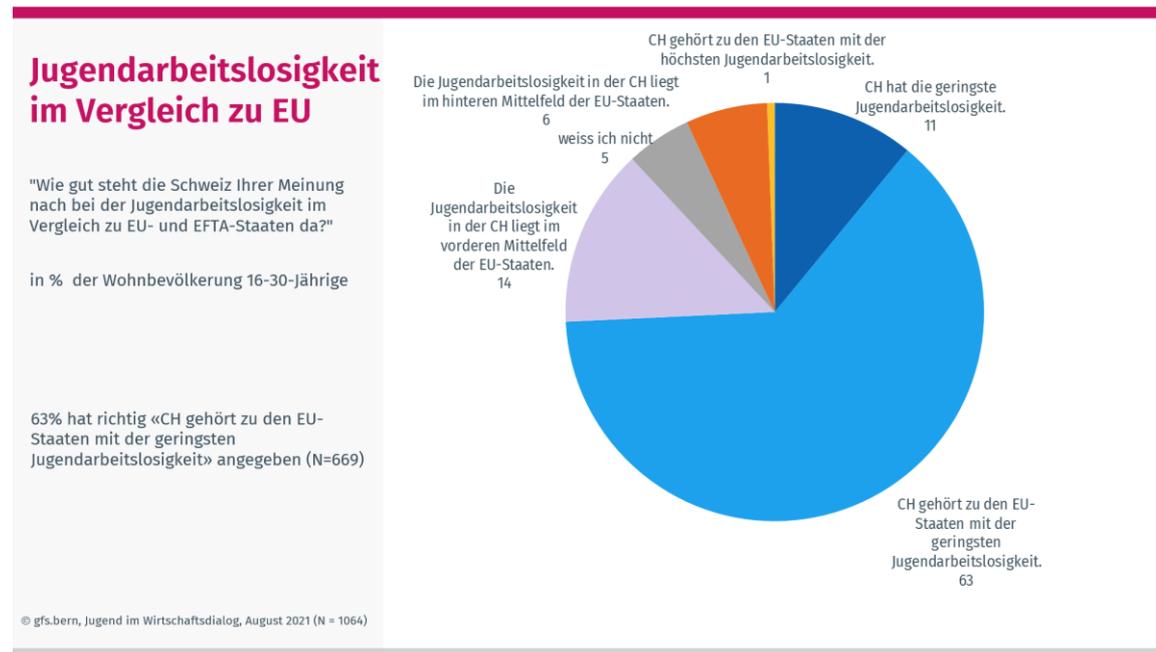


© gfs.bern, Jugend im Wirtschaftsdialog, August 2021 (N = 1064)

5.2 Objektiver Wissensstand

Den Befragten wurden verschiedene Wissensfragen zu Themen wie Jugendarbeitslosigkeit oder Staatsquote gestellt, um den generellen Wissensstand zu prüfen. Insgesamt hat sich die Beantwortung vieler der gestellten Fragen als sehr schwierig für die Befragten erwiesen, obwohl deren subjektiv eingeschätzter Wissensstand zum Thema Wirtschaftspolitik vergleichsweise hoch ist. Dass die Schweiz zu den EU- und EFTA-Staaten mit der geringsten Jugendarbeitslosigkeit gehört, wussten 63 Prozent der Befragten respektive wurde korrekt eingeschätzt. Diese Frage war die am häufigsten richtig beantwortete Wissensfrage.

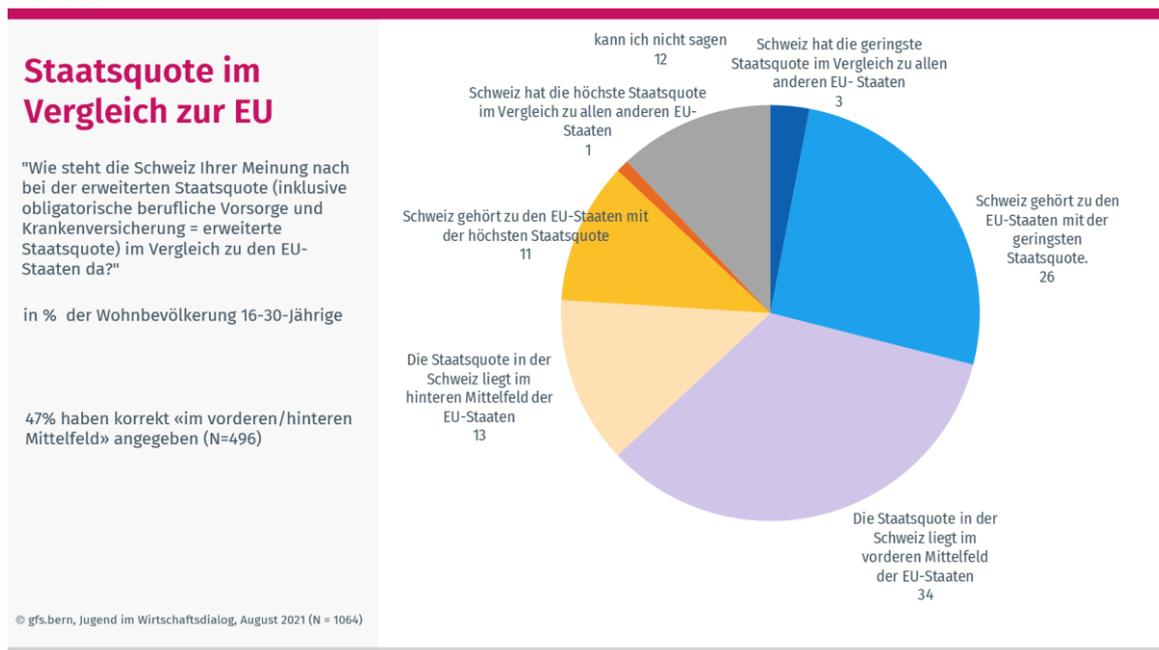
Grafik 19



Die Frage nach der erweiterten Staatsquote wurde von den Befragten weniger oft korrekt eingeschätzt. Dass die erweiterte Staatsquote der Schweiz im Vergleich zu den anderen EU-Staaten im (hinteren resp. vorderen) Mittelfeld liegt, wussten aber immerhin rund die Hälfte der Befragten, 47 Prozent (Grafik 20).

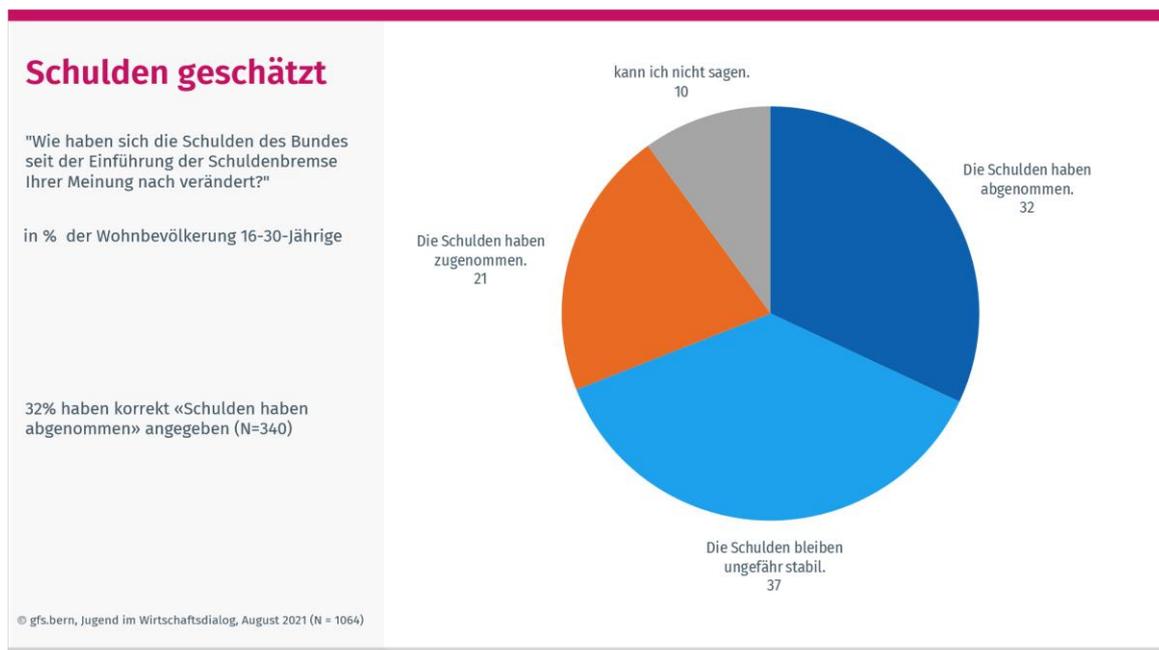
Auf die ganz konkrete Frage, wie viel eines verdienten Frankens an den Staat, obligatorische Vorsorgeeinrichtungen oder Versicherungen gehen, wussten allerdings nur rund 15 Prozent die richtige Antwort (inkl. +/- 5 %), nämlich 45 Rappen.

Grafik 20



Seit Einführung der Schuldenbremse haben die Schulden abgenommen, trotz staatlicher Unterstützungsmassnahmen in der Corona-Pandemie. Diese Frage konnten 32 Prozent korrekt beantworten (Grafik 21).

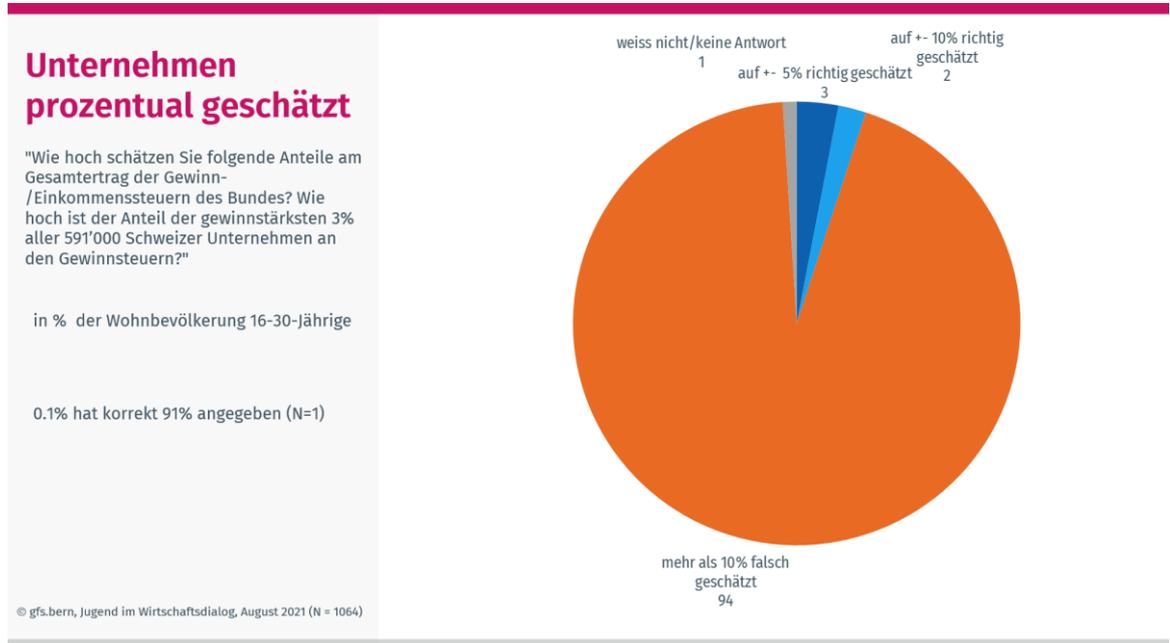
Grafik 21



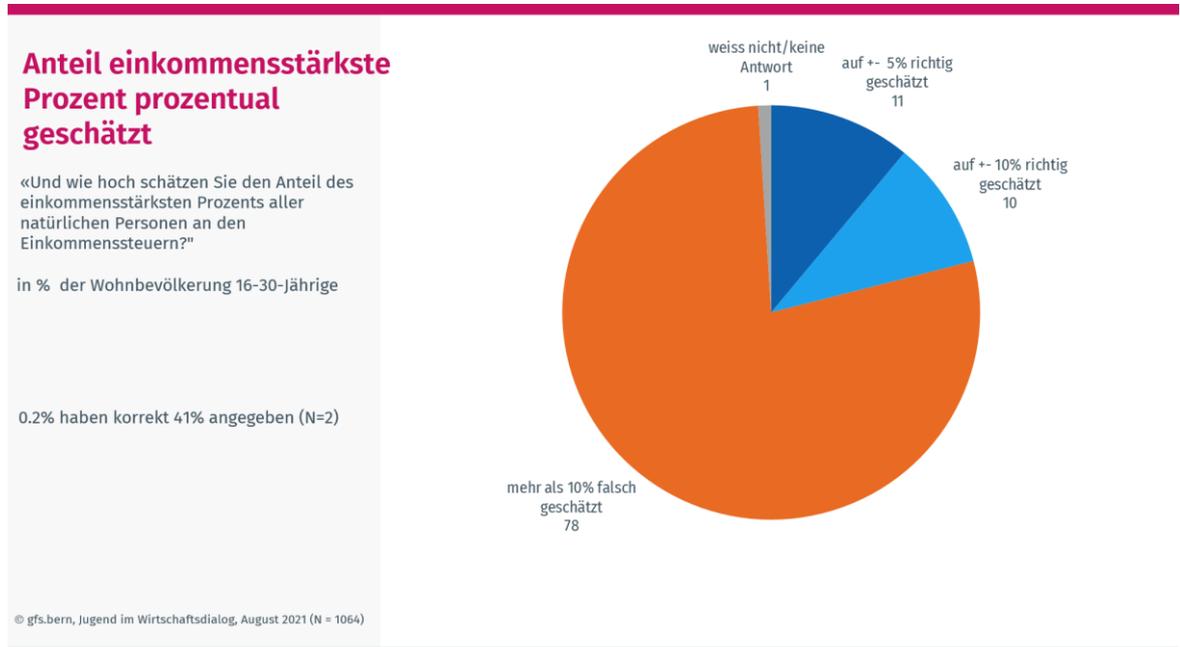
Die Befragten wurden schliesslich gefragt, wie hoch der Anteil der gewinnstärksten 3 Prozent aller 591'000 Schweizer Unternehmen an den Gewinnsteuern sei. Lediglich 3 Prozent konnten diese Frage (inkl. +/- 5 %-Punkte) richtig beantworten: 91% (Grafik 22).

Ebenso galt es, den Anteil des einkommensstärksten Prozents aller natürlichen Personen an den Einkommenssteuern zu schätzen. Hierbei lagen 11 Prozent (inkl. Fehlertoleranz von 5 %) richtig (Grafik 23).

Grafik 22



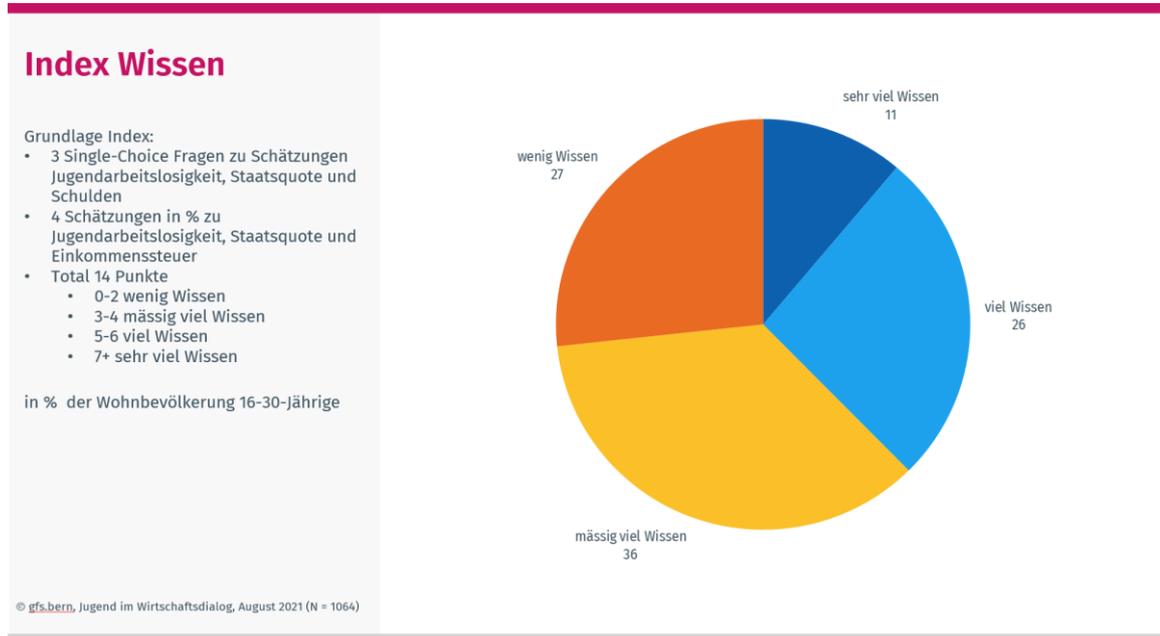
Grafik 23



Trotz des allgemein subjektiv hoch eingeschätzten Wissensstandes in Wirtschaftsbelangen lag das Maximum bei 11 von 14 möglichen Punkten (Mittelwert: 4 [SD=2], Median = 4). Um eine normale Verteilung der erreichten Punktzahlen zu ermöglichen, wurden vier

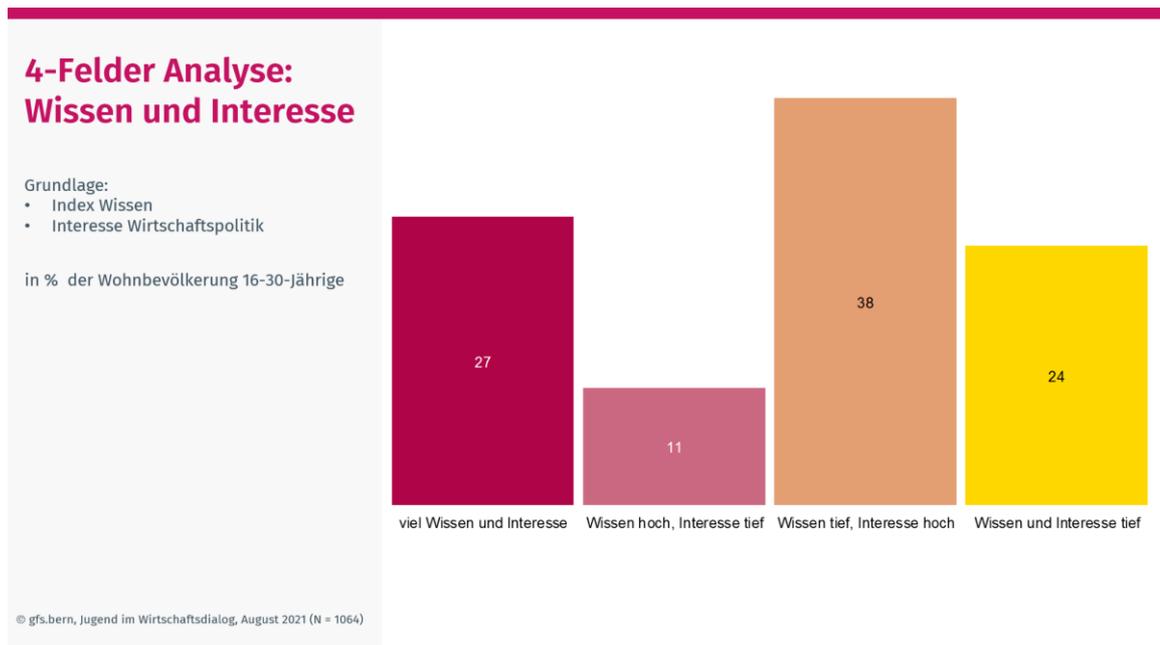
Kategorien erstellt. Rund ein Viertel weiss eher "wenig", ein guter Drittel "mässig viel", ein Viertel "viel" und 11 Prozent wissen "sehr viel" (Grafik 24).

Grafik 24



Daraus ergibt sich, dass 38 Prozent über ein vergleichsweise tiefes Wissen verfügen, sich aber sehr für Wirtschaftspolitik interessieren. 27 Prozent haben hohes Wissen und interessieren sich sehr für Wirtschaftspolitik, 11 Prozent haben ein hohes Wissen, jedoch wenig Interesse an Wirtschaftspolitik, und rund ein Viertel hat weder Wissen noch Interesse an Wirtschaftspolitik (Grafik 25).

Grafik 25



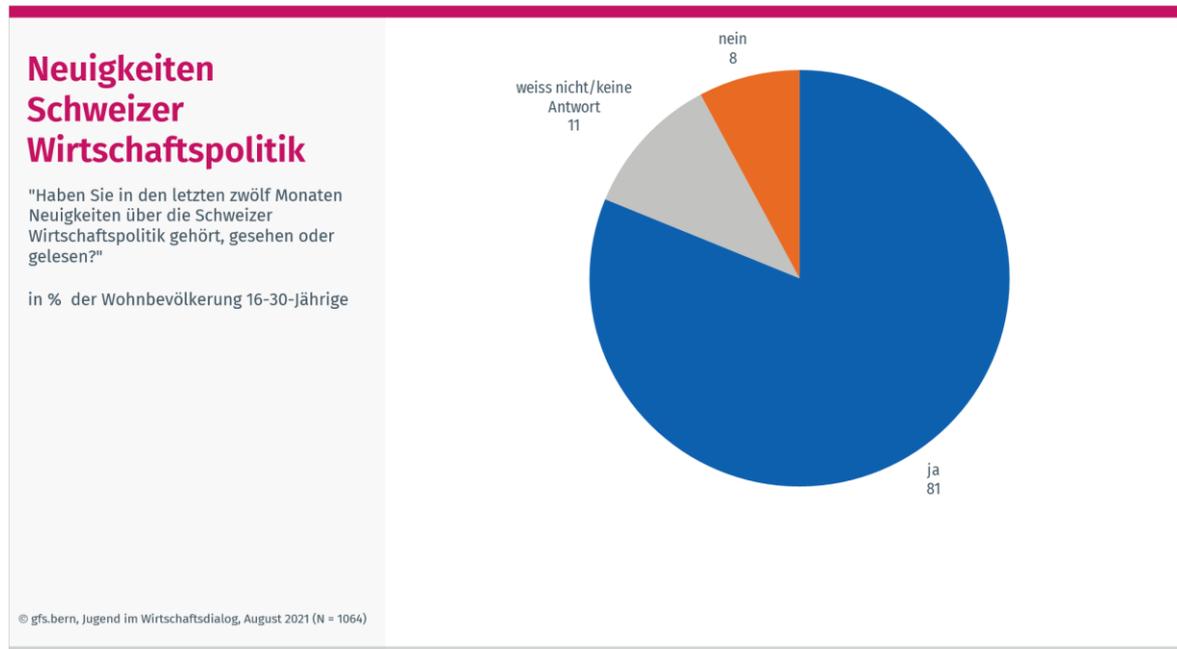
6 Meinungsbildung und Informationskanäle

Informationen zur Wirtschaftspolitik werden nicht nur über die eigene Lebenswelt erfahren, sondern meist über Medien und Akteur:innen vermittelt. Die Meinungsbildung hängt insofern auch stark vom Vertrauen ab, das diesen Kanälen und Akteur:innen entgegengebracht wird.

6.1 Neuigkeiten Wirtschaftspolitik

Rund vier von fünf der Befragten gaben an, sich im letzten Jahr an konkrete Neuigkeiten über die Schweizer Wirtschaftspolitik zu erinnern. Dies ist eine beachtliche Zahl. Natürlich muss dabei aber der Kontext der Corona-Pandemie berücksichtigt werden, da in dieser Zeit besonders viel über politische Vorstösse und Entscheide berichtet wurde, die die Wirtschaft direkt betrafen.

Grafik 26



So ist es nicht verwunderlich, dass wirtschaftspolitische Massnahmen im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie auf Platz 1 rangieren – jede vierte Meldung hat im Gedächtnis der Befragten damit zu tun. 12 Prozent entsannen sich (auch) wirtschaftlicher Aspekte von Abstimmungen. 11 Prozent erinnerten sich an Neuigkeiten des Finanzmarkts respektive zur Finanzmarktpolitik, 9 Prozent Neuigkeiten über die wirtschaftlichen Beziehungen mit der EU, 8 Prozent an Verschiedenes, 7 Prozent an Neuigkeiten über die Schweizer Wirtschaftspolitik und 5 Prozent an Neuigkeiten über die internationale Wirtschaft. Zudem erinnerten sich vereinzelte auch an Berichte zur Klima- und Umweltpolitik, an das wirtschaftliche System und die Schweizer Aussenwirtschaft. Mehr als die Hälfte konnte aber kein konkretes Thema mehr angeben.

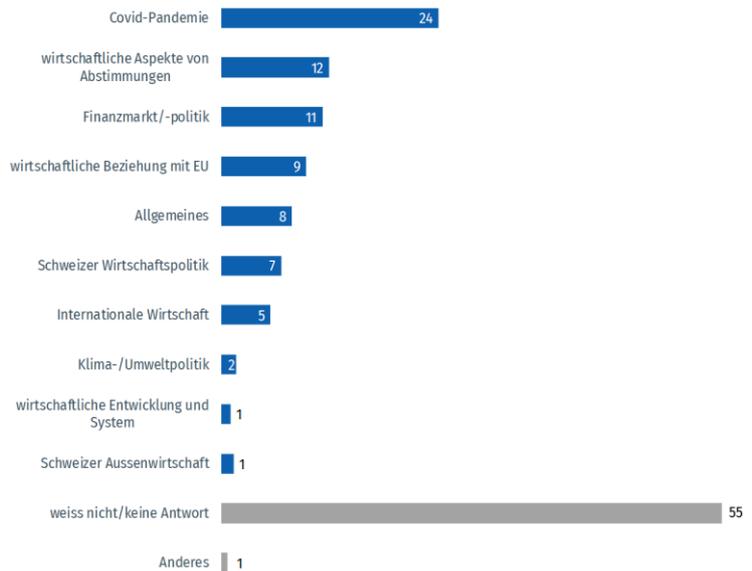
Grafik 27

Offene Frage Neuigkeiten Wirtschaftspolitik

"Erinnern Sie sich? Was genau haben Sie gehört, gesehen oder gelesen?"

in % der Wohnbevölkerung 16-30-jährige, Mehrfachantworten sind möglich
FILTER: Wenn «ja» bei "Haben Sie in den letzten zwölf Monaten Neuigkeiten über die Schweizer Wirtschaftspolitik gehört, gesehen oder gelesen?"

© gfs.bern, Jugend im Wirtschaftsdialog, August 2021 (n = 876)



Das wichtigste Medium, um auf dem Laufenden zu bleiben, sind Gespräche mit Freund:innen (20%). 15 Prozent gaben an, dass sie von den Themen in einer Zeitung gelesen haben, während 14 Prozent davon im Fernsehen erfahren haben. Rund 10 Prozent gaben eine Internetadresse an respektive soziale Medien. Nur 4 Prozent verwiesen auf das Radio als Informationsquelle.

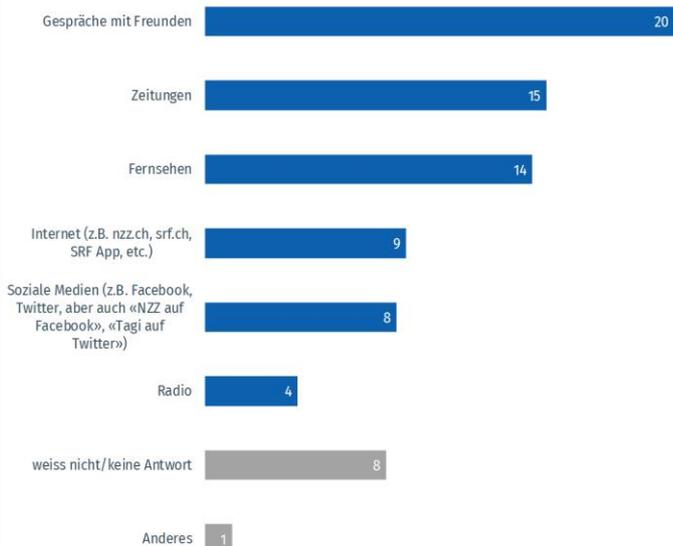
Grafik 28

Offene Medien- Abfrage

"Erinnern Sie sich? Über welchen Kanal, in welchem Medium und über welches Gerät haben Sie diese Neuigkeit am ehesten gehört, gesehen oder gelesen?"

in % der Wohnbevölkerung 16-30-jährige, Mehrfachantworten sind möglich
FILTER: Wenn «ja» bei "Haben Sie in den letzten zwölf Monaten Neuigkeiten über die Schweizer Wirtschaftspolitik gehört, gesehen oder gelesen?"

© gfs.bern, Jugend im Wirtschaftsdialog, August 2021 (n = 876)



In den **FOKUSGRUPPEN** brachten die Teilnehmenden viele unterschiedliche Beispiele wirtschaftspolitischer Vorlagen zur Sprache, wobei sie zwischen Informationsquellen, die

ihnen vertrauenswürdig, und solchen, die ihnen nicht vertrauenswürdig erschienen, unterschieden:

- **NICHT VERTRAUENSWÜRDIGE BEISPIELE** waren die als alarmistisch empfundenen Einschätzungen von Thinktanks und Verbänden zur 99-Prozent-Initiative (wonach Kapitaleinkommen 1,5mal so stark wie Arbeitseinkommen besteuert werden sollten und über die zum Zeitpunkt der Fokusgruppen öffentlich diskutiert wurde). Auch zu wenig vertrauenswürdigen Quellen zählen die Daten und Zahlen, die von Vertretern der Öl-Lobby präsentiert wurden, die das CO₂-Gesetz bekämpft haben. Konkret: Zahlen, Daten und Informationen, die im Rahmen von Kampagnen verbreitet werden, begegnen sie mit Misstrauen. Tendenziell skeptisch sind sie auch gegenüber Informationen, die sie über Social Media oder Gratiszeitungen erreichen.
- **VERTRAUENSWÜRDIGE BEISPIELE** waren Zahlen und Statistiken im Abstimmungsbüchlein des Bundes, das als sachlich und objektiv betrachtet wird, sowie Daten des Bundesamtes für Statistik (z.B. zur Lohnungleichheit in Pflegeberufen). Ebenso gibt es wissenschaftlich fundierte Organisationen/Vereinigungen wie "United in Science" oder den IPCC-Bericht, denen sie grundsätzlich vertrauen. Auch Qualitätsmedien wie das Schweizer Radio und Fernsehen (SRF) und die NZZ wurden als positives Beispiel erwähnt.

6.2 Vertrauen in Akteure

Im Bereich der Wirtschaftspolitik gibt es eine ganz zentrale Akteurin, der die Befragten vertrauen: der Wissenschaft respektive den Wissenschaftler:innen (Grafik 29 und 30). Fast 90 Prozent finden die Positionen, die aus wissenschaftlicher Forschung stammen, als (sehr/eher) wichtig. Das heisst: 49 Prozent betrachten wissenschaftlich fundierte Erkenntnisse als eine sehr wichtige und 38 Prozent als eine eher wichtige Grundlage für die eigene Meinungsbildung. Als ebenfalls sehr verlässliche Informationsquellen gelten Lehrpersonen/Professor:innen (66%) und der eigene Freundeskreis (62%), also unparteiische Agenten.

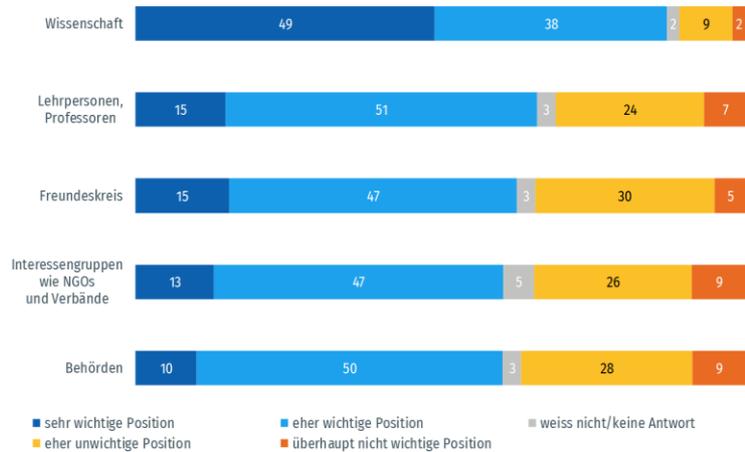
Von den Institutionen und Personen, die eigene Interessen vertreten, gelten NGOs und Verbände (60%) als am vertrauenswürdigsten. Es folgen Behörden (60%) oder Parteien und Politiker (56%), deren Meinungen und Positionen ebenfalls noch als relevant wahrgenommen werden. Weniger zentral sind hingegen Meinungsbeiträge in Zeitungen oder auf Social Media (47 %) oder Denkfabriken (31%) mit eigener Agenda.

Grafik 29

Meinungsbildung Akteure und Kanäle (1)

"Wenn Sie sich eine Meinung bilden zu wirtschaftspolitischen Themen, wie stark berücksichtigen Sie dann die Meinungen und Positionen der folgenden Personen und Institutionen:"

in % der Wohnbevölkerung 16-30-jährige



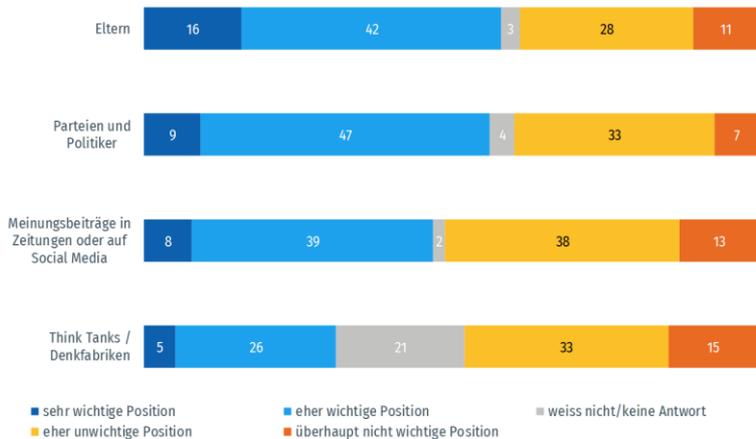
© gfs.bern, Jugend im Wirtschaftsdialog, August 2021 (N = 1064)

Grafik 30

Meinungsbildung Akteure und Kanäle (2)

"Wenn Sie sich eine Meinung bilden zu wirtschaftspolitischen Themen, wie stark berücksichtigen Sie dann die Meinungen und Positionen der folgenden Personen und Institutionen:"

in % der Wohnbevölkerung 16-30-jährige



© gfs.bern, Jugend im Wirtschaftsdialog, August 2021 (N = 1064)

6.3 Gewünschte Informationskanäle

Die Befragten beantworteten die Frage, über welche Kanäle sie sich gerne über Neuigkeiten in der Wirtschaftspolitik informieren und austauschen würden – auch im Zusammenhang mit dem neu gegründeten Institut für Schweizer Wirtschaftspolitik an der Universität Luzern.

Moderne und digitale Kanäle stechen oben heraus: 46 Prozent wünschen sich eine eigene Webseite mit verständlichen Themen-Sites, 38 Prozent eine eigene News-App, 32 Prozent Doku-Filme auf Streaming-Plattformen und 30 Prozent Inhalte auf YouTube.

Zwei eher traditionellere Informationsquellen rangieren ebenfalls weit oben: Artikel in Online-Zeitungen wünschen sich 45 Prozent, und ausführliche pdf-Artikel mit zusätzlichen Links werden von 26 Prozent gewünscht.

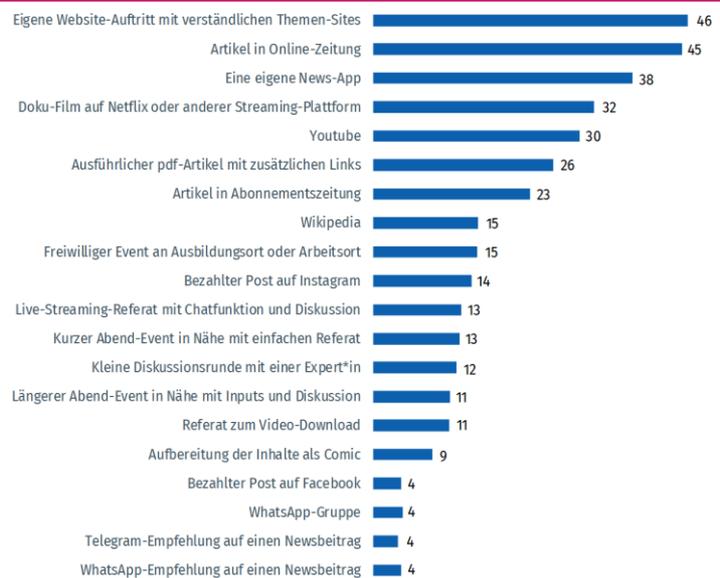
Was nicht gut ankäme, sind Empfehlungen auf einen News-Bertrag auf Telegram oder WhatsApp, bezahlte Beiträge auf Facebook und Instagram oder auch Abend-Events mit Referaten.

Grafik 31

Informationskanal Wirtschaftspolitik

"Noch im Jahr 2021 wird ein Institut für Wirtschaftspolitik gegründet. Es will den Dialog über die Wirtschaftspolitik verstärken. Über welche Kanäle würden Sie sich gerne über Neuigkeiten in der Wirtschaftspolitik informieren und austauschen? Sie können mehrere Angaben machen."

in % der Wohnbevölkerung 16-30-jährige, Mehrfachantworten sind möglich



© gfs.bern, Jugend im Wirtschaftsdialog, August 2021 (N = 1064)

7 Anliegen und Forschungsschwerpunkte

"Die Wirtschaftspolitik ist sehr abstrakt für die normalen Bürgerinnen und Bürger."
(Fokusgruppe 1, männlich)

"Wie sollte man komplexe, wirtschaftspolitische Themen aufbereiten, damit sie einfach lesbar und verständlich sind und dadurch verfügbar für alle? Man sollte nicht unbedingt noch mehr schreiben oder erklären, da unsere Konzentration extrem kurz ist." (Fokusgruppe 1, männlich)

"Der Faktencheck ist sehr wichtig, [...] z.B. in kurzen Videos mit einfacher Sprache und Animationen." (Fokusgruppe 1, männlich)

In fünf unterschiedlichen Fokusgruppen wurde diskutiert, welche konkreten Fragen die Forschung zur Wirtschaftspolitik besser ergründen sollte. Dabei muss vorweggenommen werden: Das Zusammenspiel von Politik, Wirtschaft und Gesellschaft wird von vielen Teilnehmenden als einerseits wichtiger, aber andererseits auch sehr abstrakter Zusammenhang wahrgenommen. Fragen von Einkommensverteilung, Bildungschancen und sozialer Mobilität betreffen alle, aber eben: wie genau? Wie lässt sich der Link von Politik, Wirtschaft und den einzelnen Bürger:innen herstellen? Und wie können umgekehrt die Bürger:innen von diesem Wissen profitieren?

Dementsprechend wünschen sie sich eine einfache Sprache, die die Relevanz wirtschaftspolitischer Entscheidungen, Massnahmen und Zusammenhänge für den Einzelnen und die Einzelne erklärt. Die meisten Teilnehmenden waren sich einig, dass es hierzu keiner langen Abhandlungen bedarf. Was zählt, sind konkrete Einsichten und Erkenntnisse in kompakter Form und mit praktischem Nutzen. Diese sollten in kurzen, womöglich animierten Videos dargestellt werden, die der relativ kurzen Aufmerksamkeitsspanne junger Erwachsenen entgegenkommen. Ausserdem sind Austausch und Interaktion wichtig. Sie wünschen sich explizit mehr Diskussionsrunden, in denen auch Expert:innen dabei sind, um Konsens über Generationen hinweg zu schaffen.

Neben dem "Wie Forschung vermittelt werden sollte" wurde auch das "Was" diskutiert. Dabei standen drei der derzeitigen "Mega"-Trend-Themen weit oben auf der Liste der Fokusgruppen-Teilnehmenden: **KLIMAWANDEL, UMVERTEILUNG DES GELDES, CARE-ARBEIT** und **ALTERSVORSORGE**

1. **KLIMAWANDEL:** Dass sich viele Jugendliche und junge Erwachsene um den Klimawandel sorgen, ist spätestens seit den unzähligen Demonstrationen bekannt. Dementsprechend wünschen sie sich von der Forschung zur Wirtschaftspolitik Vorschläge und Lösungen, wie das Problem gelöst respektive die Energiewende erfolgreich geschafft werden kann: Zum Beispiel fragen sie sich, wie viel es kosten würde, wenn das 2° C-Ziel nicht erreicht werden würde; wie man effektive Ansätze zu einer nachhaltigen Wirtschaft umsetzen kann; ob es eine gute Idee wäre, Überschüsse der Nationalbank für den Klimaschutz einzusetzen; oder welche Klimainnovationen erforscht und gefördert werden sollten.
2. **UMVERTEILUNG:** Aufgrund der 99 Prozent-Initiative wurde auch diskutiert, was genau die Faktenlage zur Verteilung von Vermögen und Einkommen in der Schweiz sei, wie

die Kluft zwischen Arm und Reich verkleinert werden könnte und welche Ansätze in Steuerpolitik oder Bildung dafür zur Verfügung stünden. Womöglich wäre ein bedingungsloses Grundeinkommen sinnvoll. Als Beispiel wurde erwähnt, dass Chefärzte sehr viel mehr verdienen würden als Pflegefachpersonen, die aber ebenfalls sehr wertvolle und wichtige Arbeit im staatlich regulierten Gesundheitsbereich leisteten.

3. **CARE-ARBEIT:** Die Diskussion über Umverteilung, aber auch über die aktuelle Corona-Pandemie hat dazu geführt, dass das Thema Care-Arbeit auf den Tisch kam. Die Teilnehmenden waren sich über die grosse Bedeutung von Erziehungs-, Betreuungs- und Pfl egetätigkeiten einig, die zumeist von Frauen ausgeübt wird. Zwischen gesellschaftlicher Bedeutung und Entlohnung bzw. gesellschaftlichem Status klafft jedoch ein Graben. Das sei ungerecht – und dazu bräuchte es mehr Forschung.
4. **ALTERSVORSORGE:** Schliesslich wurde in mehreren Fokusgruppen die Altersvorsorge als dringendes Politikum betitelt. Die jungen Diskussionsteilnehmenden sind besorgt, ob in der AHV noch etwas für sie übrig bleibt, wenn sie pensioniert werden. Deshalb orten sie zusätzlichen Forschungsbedarf im Bereich Rentenreform. Sie wollen sichergestellt haben, dass auch ihre Generation im Alter abgesichert wird.

7.1 Soziale Mobilität

Ein Forschungsschwerpunkt des IWP sind gesellschaftliche Auf- und Abstiegschancen. Die soziale Mobilität gibt an, wie stark die gesellschaftliche Stellung der Kinder mit jener ihrer Eltern zusammenhängt. Die Fokusgruppen diskutierten, ob soziale Mobilität in der Schweiz gewährleistet sei, weshalb ihr eine grosse Bedeutung zukomme und welche Faktoren letztlich entscheidend seien, um "nach oben" zu kommen.

7.1.1 Erste Reaktionen zur sozialen Mobilität

"Ich glaube, dass alle, die wirklich wollen, auch aufsteigen können." (Fokusgruppe 2, weiblich)

"Wie viele Leute können oder dürfen überhaupt noch studieren, ohne dass wir dabei zu wenig Arbeiter haben? Ich glaube, die Lehren müssen attraktiver werden." (Fokusgruppe 1, männlich)

"Pour moi la méritocratie c'est en grande partie un mythe. Une classe sociale a un impact sur la manière dont sont éduqués les enfants, dès leur plus jeune âge et ça a des répercussions au niveau scolaire et professionnels." (Fokusgruppe 4, männlich)

So klar die Unterschiede in der Bewertung der Faktoren sind, die zu gesellschaftlichem Aufstieg führen, so sehr sind sich im Grundsatz alle Teilnehmenden einig: Ohne Bildung geht es nicht. Es ist demnach Aufgabe einer Gesellschaft, allen gleiche Bildungschancen zu gewähren. Hierbei sind sie sich ebenfalls einig: **DAS DUALE BILDUNGSSYSTEM DER SCHWEIZ FUNKTIONIERT SEHR GUT.**

Einige haben erzählt, dass die Eltern zwar nicht studiert hätten, ihre Geschwister und sie aber schon. Die Teilnehmer:innen sind sich einig, dass das Bildungssystem in der Schweiz allen offen steht: Wer tatsächlich eine gute Ausbildung in der Schweiz absolvieren möchte, kann das auch tun. Denn auch der Staat kann finanziell Unterstützung bieten. Zwar sei es für Personen aus finanziell schwächeren Haushalten schwieriger, da sie ihr Studium selber finanzieren müssen, ihre Eltern weniger Zeit für Unterstützung bieten könnten oder längere Wege zur Universität zurückgelegt werden müssten, aber es sei nicht unmöglich. Gewisse Ausbildungswege dauern länger, zum Beispiel über eine Lehre, dafür sind ihnen fast keine Grenzen gesetzt – die Bildungsmobilität ist insofern gewährleistet. Die einzige Befürchtung hierbei ist, dass die Lehren weiterhin genug attraktiv bleiben, da es nicht nur Studierende benötigt, sondern eben auch qualifizierte Handwerker:innen oder Pfleger:innen. Implizit bedeutet diese Diskussion auch, dass mit höherer Ausbildung auch der Aufstieg "nach oben" möglich ist.

Ein weiterer Aspekt sind die **GRUNDVORAUSETZUNGEN** für die soziale Mobilität: Nicht in allen sozialen Schichten sei die soziale Mobilität gleich, weil der Bildungshintergrund je nachdem ein anderer sei. Geld korreliere mit Bildung. Zudem spielten auch Beziehungen eine Rolle: Die Chancen, dass jemand aus einem finanziell schwachen Haushalt "aufsteigt", seien geringer als die Wahrscheinlichkeit, dass jemand, der aus einem finanziell starken Haushalt stammt, sozial "absteigt". Man müsste wissen: **WELCHE SOZIALE GRUPPE HAT DIE HÖCHSTE UND WELCHE DIE TIEFSTE SOZIALE MOBILITÄT? GIBT ES UNTERSCHIEDE ZWISCHEN SCHWEIZER:INNEN UND AUSLÄNDER:INNEN? WIE STEHT DIE SCHWEIZ HIERZU IM VERGLEICH MIT ANDEREN LÄNDERN WIE BEISPIELSWEISE DEUTSCHLAND DA?** Es wurde kurz diskutiert, ob die Bildung so subventioniert werden sollte, dass alle Lebensunterhaltskosten abgedeckt werden würden, damit die Chancengleichheit umfassend gewährleistet sei. Aber dieser Vorschlag ist den Meisten zu extrem und würde zu wenig bringen.

7.1.2 Wieso ist soziale Mobilität wichtig?

"Auch wenn die Gesellschaft ungleich ist, muss der Aufstieg möglich sein." (Fokusgruppe 5, männlich)

Für die Fokusgruppen-Teilnehmenden ist es nicht primär das Ziel, "oben" anzukommen, sondern einen Beruf auszuüben, der ihnen Spass macht, den sie mithin gerne ausüben und der sie mit Sinn erfüllt. Diese Chance sollte allen offenstehen. Dann ist auch egal, in welchem Beruf die Eltern tätig waren.

Aber selbst in einem solchen Fall von Chancengleichheit käme der Lohnunterschied zum Tragen. Ein Anwalt verdient sehr viel mehr als ein Maurer, obwohl beide aufeinander angewiesen sind und mutmasslich hart arbeiten. Die **LOHNUNGLEICHHEIT** war ein Leitmotiv aller Gruppendiskussionen. Während die einen Anstoss daran nahmen, warfen andere ein, dass die Ausbildung zum Anwalt sehr viel anspruchsvoller sei als diejenige zum Maurer – was eine höhere Entlohnung des Anwalts rechtfertige. Unterschiedliche Löhne sind insofern, als sie unterschiedliche Interessen, unterschiedliches Talent und unterschiedlichen Fleiss widerspiegeln, für die Meisten nachvollziehbar. Kritisch diskutiert wurden hingegen Fragen der Vermögensungleichheit und der Erbschaften. Jemand

sagte: **"JE PENSE QUE CE QUI EST ÉTONNANT C'EST QU'ON PARLE DU REVENU MAIS ON SAIT QUE LA PLUS GRANDE INÉGALITÉ EST DE PATRIMOINE."** (FOKUSGRUPPE 3)

Zudem wird auch an dieser Stelle das **BEDINGUNGSLOSE GRUNDEINKOMMEN** diskutiert, das die Lohnungleichheit verringern könnte. Das Problem hierbei sehen die Diskutierenden darin, dass die Schweiz zwar im Prinzip genug Geld hätte, aber bei der Umverteilung das Geld den produktiveren Schichten weggenommen würde. Dann wäre der "Trickle-Down"-Effekt nicht mehr gewährleistet, so dass der Einkommenszuwachs der Besserverdienenden nicht mehr auf das Einkommen der Schlechterverdienenden durchschlage. Dies wiederum würde auf Dauer das Steuersubstrat aushöhlen. Deshalb würde das Schweizer Stimmvolk ein Nein in die Urne werfen, falls es wiederum zur Abstimmung käme.

7.1.3 Ohne Fleiss kein Preis?

"Man kann einfach und schnell durch die richtigen Beziehungen Hohes erreichen. Man kann aber auch die gleichen Sachen durch Fleiss erreichen und dadurch zum selben Ziel kommen." (Fokusgruppe 1, männlich)

Als letzter Punkt zum Thema "soziale Mobilität" wurde gefragt, ob man in der Schweiz eher durch Fleiss oder durch Beziehungen "nach oben" kommt.

Alle Fokusgruppen waren sich hierbei in verschiedenen Punkten einig:

- Es braucht im Normalfall Fleiss und Beziehungen, um die angestrebten Ziele zu erreichen.
- Beziehungen alleine reichen nicht aus, um einen guten Job zu erhalten. Man muss auch die entsprechenden Fähigkeiten mitbringen.
- Je mehr Leistungswillen und Beziehungen vorhanden sind, desto schneller geht der soziale Aufstieg vonstatten.
- In elitären Kreisen (Führungspositionen) ist ein Beziehungsnetzwerk wichtiger als in handwerklichen Berufen, in welchem eher Fleiss zentral ist.
- Wer vom Netzwerk der Eltern profitieren kann, hat es um einiges leichter als jemand, der von aussen kommt. Man kann sich aber durchaus auch ein eigenes Beziehungsnetzwerk aufbauen, das einem den gesellschaftlichen Aufstieg erleichtert.
- Zudem spielt beim sozialen Aufstieg **GLÜCK** ebenfalls eine grosse Rolle.

7.2 Institutionen

Ein weiterer Forschungsschwerpunkt des IWP ist das Thema Institutionen. In der Forschung über Institutionen geht es um das Zusammenspiel von Regeln (z.B. Gesetze) und Akteur:innen (z.B. Politiker:innen oder Wähler:innen). Erneut wurden erste Reaktionen zur Thematik abgeholt und die Frage behandelt, welche Aspekte des politischen Systems zentral für die Schweiz seien.

7.2.1 Erste Reaktionen zu Institutionen

"Mir kommt auch allgemein der Aufbau des politischen Systems in den Sinn. Es gibt kein Land mit so vielen politischen Initiativen, bei welchen das Volk direkt abstimmen kann." (Fokusgruppe 1, weiblich)

"La décentralisation des décisions sera toujours bénéfique à leur qualité." (Fokusgruppe 3, männlich)

"Il y a un certain contrôle sur les politiciens. Ils peuvent pas faire ce qu'ils veulent, soit par l'état par des règles de transparence pour le lobbying, soit par le peuple directement par un référendum." (Fokusgruppe 4, männlich)

"Die direkte Demokratie ist zwar toll, sie löst aber nicht alles." (Fokusgruppe 2, weiblich)

In den Fokusgruppen wurden vor allem zwei Aspekte umfassend diskutiert: Sinn und Zweck politischer Institutionen und deren Regeln zur **TRANSPARENZ** sowie **KORRUPTION**.

Die Teilnehmenden sind sich einig, dass das politische System der Schweiz mit ihrer direkten Demokratie sehr bürgernah ist. Denn das Volk soll das letzte Wort haben – und nicht die grossen Konzerne via Lobbyisten. Deshalb sind auch Instrumente wie Initiativen und Referenden positiv konnotiert. Zugleich halten die Teilnehmenden fest, dass die Schweiz in punkto Transparenz und Digitalisierung Nachholbedarf habe: Einige wünschen sich beispielsweise echte Transparenz in der **PARTEIFINANZIERUNG**.

In einer anderen Fokusgruppe wurde über **KORRUPTION** gesprochen. Zum Beispiel sei unklar, weshalb gewisse Zonen neu in Bauzonen eingeteilt werden – vermutlich, weil damit Geld verdient werden könne. Bei solchen Entscheidungen braucht es mehr Transparenz, damit keine Gerüchte entstünden respektive nicht der Vorwurf der Korruption aufkomme.

Zudem finden verschiedene Personen, dass der **BEGRIFF "INSTITUTIONEN" UNKLAR** respektive ein sehr weiter Begriff sei. Auch als Forschungsgegenstand sei er unhandlich. Eine Alternative wäre zum Beispiel "Rahmenbedingungen".

7.2.2 Typische Charakteristika der Schweizer Institutionen

"Ich finde es sehr cool, dass in der Schweiz die Bundesräte viel näher an der Bevölkerung sind als z.B. Biden oder Putin." (Fokusgruppe 1, männlich)

"Le système du Conseil Fédéral où 7 personnes se divisent la prise de décision." (Fokusgruppe 3, männlich)

"Les cantons ont une grande autonomie, c'est un système décentralisé. Même le niveau communal a pas mal d'autonomie." (Fokusgruppe 4, männlich)

Einige der oben erwähnten Aspekte von Institutionen werden auch als typische Charakteristika von Schweizer Institutionen erwähnt: **DIREKTE DEMOKRATIE, FÖDERALISMUS, MILIZSYSTEM UND DAS KOMMISSIONSSYSTEM BEI DER GESETZESAUSARBEITUNG IM PARLAMENT.**

- **DIREKTE DEMOKRATIE:** Die Teilnehmenden sehen viele Vorteile in der direkten Demokratie, um die sie Bürger:innen anderer Länder beneiden. Erwähnte Aspekte sind zum Beispiel das niederschwellige Referendumsrecht oder der schlanke, siebenköpfige Bundesrat, der um Konsens bemüht ist. Viele erachten es als typisch schweizerisch, dass der Bundesrat sich normal in einer Schweizer Stadt bewegen kann oder dass das Schweizer Volk auf kommunaler oder kantonaler Ebene leicht Einfluss auf die Politik nehmen kann. Negativ daran ist, dass das System etwas träge ist, sich alle durch ein Veto gegenseitig hemmen.
- **FÖDERALISMUS:** Der Föderalismus wird mehrheitlich als Stärke betrachtet – trotz seiner Trägheit. Die grosse Souveränität und Autonomie der Kantone und Gemeinden sehen viele als eine positive Errungenschaft, weil sie bürgernahe Politik erleichtert. Manchmal verkommt der Föderalismus aber auch zum Kantönlicheist. In diesem Zusammenhang werden auch der Stadt-Land sowie der Röstigraben als Negativbeispiele erwähnt. Ein Teilnehmer meinte, dass er seit Corona dem Föderalismus gegenüber kritischer eingestellt sei.
- **MILIZSYSTEM:** Die Freiwilligkeit verschiedener Tätigkeiten (Militär, Politik, Vereine etc.) wird ebenfalls als typisch schweizerisch betrachtet. Ferner gewährleistet das Milizsystem Bürgernähe.
- **KOMMISSIONSSYSTEM BEI PARLAMENTARISCHER GESETZESAUSARBEITUNG:** Jemand erwähnt, dass das System der Ausschüsse zur Ausarbeitung von Gesetzen charakteristisch für die Schweiz sei. Denn darin können zwar auch Experten vertreten sein, was positiv sei, aber negativ sei hingegen, dass das Volk und die restlichen Vertreter des Parlaments aussen vorgelassen werden. Mehr Transparenz wäre hierbei von Vorteil.

7.3 Steuern

Ein dritter Schwerpunkt, zu dem das IWP forschen wird, ist die Steuerpolitik. Hierbei geht es im Wesentlichen um die Einnahmen und Ausgaben des Staates. Erneut wurden die ersten Reaktionen abgeholt und gefragt, wozu Steuern dienen und was spezifische Aspekte des Schweizer Steuersystems (im Vergleich zum Ausland) sind.

7.3.1 Erste Reaktionen zu Steuern und Staatsausgaben

"Ich finde, die Ärmsten sollten so wenig wie möglich bezahlen und die Reichen so viel wie möglich – aber nicht so, dass sie dann ins Ausland ziehen werden." (Fokusgruppe 2, männlich)

"Ich würde gerne wissen, für was ich Steuern bezahlen. Ich bin z.B. mehr bereit für Klimaschutz zu bezahlen statt für Militär, dieser Beitrag ärgert mich sehr. Bei gewissen Themen bin ich bereit mehr abzugeben als bei anderen." (Fokusgruppe 1, weiblich)

"Ich habe kaum Infos gefunden, zu wieviel Prozent der Steuern welches Prozent der Einkommensschichten oder Vermögenschichten bezahlt." (Fokusgruppe 1, männlich)

"Je trouve intéressant que l'argent qu'on donne à l'état n'est pas seulement dans les impôts. Par exemple, je paie les compensations AVS. C'est difficile à comprendre. C'est important d'expliquer." (Fokusgruppe 3, männlich). Die ersten Reaktionen zum Thema Steuern und Staatsausgaben drehen sich um Transparenz, Schulden, Militärausgaben und Gerechtigkeit.

- **TRANSPARENZ:** Einige Personen wünschen bessere Informationen darüber, was mit ihren Steuern genau geschieht. Plakativ gefragt: Werden hierfür Kampffjets gekauft oder Solar-Panels subventioniert? Hier fehlt es an Transparenz und Kommunikation von Seiten des Staates. Eine Idee hierzu lautet auch, dass es möglich sein sollte, selber zu bestimmen, wohin ein Teil der Steuern fließt.
- **SCHULDEN:** Es wird positiv gewertet, dass die Schweiz nicht stark verschuldet ist, v.a. im Vergleich zu anderen Ländern. Es sei wichtig, Schulden und Steuern nicht losgelöst voneinander zu betrachten, weil sie Hand in Hand gehen. Manche finden jedoch, dass die Schweiz mehr Schulden machen dürfte, um Investitionen zu tätigen. Ein Wunsch wäre, noch mehr in die Bildung/Schulen zu investieren.
- **MILITÄRAUSGABEN:** Physische Kriege seien nicht mehr wahrscheinlich, weshalb die Schweiz stärker in die Cyberabwehr oder Pandemiebekämpfung investieren sollte als zum Beispiel in Kampffjets.
- **GERECHTIGKEIT:** Einige Personen ärgern sich darüber, dass Erbschaften kaum besteuert würden. Zudem sollten die Ärmsten am wenigsten Steuern bezahlen und die Reichen so viel wie möglich, ohne dass sie aber ins Ausland ziehen. Ferner sei es ungerecht, dass Studiengebühren zwar mittels staatlicher Subventionierung bewusst tief gehalten werden, ein Bauarbeiter aber davon nicht profitiert respektive nicht profitieren kann. Trotz alledem dürften auch jene nicht vergessen werden, die diese hohen Steuern bezahlen müssten. Gerade das Beispiel von Dänemark mit einer sehr hohen Steuerbelastung sei in dieser Hinsicht ein Negativbeispiel.

7.3.2 Spezifische Aspekte des Schweizer Steuersystems

Wenige kennen auch Steuersysteme im Ausland und können somit kaum verlässliche Vergleiche ziehen. Es gilt unter den Teilnehmenden als ausgemacht, dass die Schweiz vergleichsweise tiefe Einkommenssteuern hat. Bekannt ist, dass der Steuersatz und die Mehrwertsteuer in Deutschland höher sind als in der Schweiz. Weitere Aspekte sind, dass die Schweiz eine Vermögenssteuer kennt und einen Steuerwettbewerb zwischen den Kantonen erlaubt. Insbesondere die vergleichsweise tiefe Mehrwertsteuer wird für gut befunden, weil diese für alle gleich hoch ausfällt und somit besonders belastend für die unteren Einkommen ist. Generell wird die Steuersituation in der Schweiz für positiv befunden: "Generell schliesse ich mich an, ich bin auch froh, leben wir in der Schweiz und bezahlen wir in der Schweiz Steuern" (Fokusgruppe 2, männlich).

Die Teilnehmenden äussern folgende **WÜNSCHE**, um das Steuersystem der Schweiz zu verbessern:

- Die Auszahlung eines (neuen) Nettoeinkommens, bei dem die Steuern schon abgezogen wurden (Quellensteuer).
- Einige Diskussionsteilnehmende wünschen sich eine stärkere Umverteilung durch das Steuersystem.

8 Anhang

8.1 gfs.bern-Team

LUKAS GOLDER

Co-Leiter und Präsident des Verwaltungsrats gfs.bern, Politik- und Medienwissenschaftler, MAS FH in Communication Management, NDS HF Chief Digital Officer, Dozent an der Hochschule Luzern und der KPM Universität Bern

✉ lukas.golder@gfsbern.ch



Schwerpunkte:

Integrierte Kommunikations- und Kampagnenanalysen, Image- und Reputationsanalysen, Medienanalysen / Medienwirkungsanalysen, Jugendforschung und gesellschaftlicher Wandel, Abstimmungen, Wahlen, Modernisierung des Staates, gesundheitspolitische Reformen

Publikationen in Sammelbänden, Fachmagazinen, Tagespresse und im Internet

TOBIAS KELLER

Projektleiter, Kommunikationswissenschaftler, Dr. phil.

✉ tobias.keller@gfsbern.ch



Schwerpunkte:

Politische Kommunikation, Wahlen, Abstimmungen, (digitale) Kampagnen, Issue Monitoring, Image- und Reputationsanalysen, Medienanalysen, Digitalisierung, Social Media, computergestützte Methoden, quantitative Analysen, Publikationen in internationalen und nationalen Fachmagazinen, Tagespresse und im Internet

CORINA SCHENA

Praktikantin Data Science und Politikanalyse

✉ corina.schena@gfsbern.ch



Schwerpunkte:

Datenanalyse, Programmierungen, Qualitative Methoden, Visualisierungen



OLGA JENZER

Praktikantin Data Science und Politikanalyse

✉ olga.jenzer@gfsbern.ch

Schwerpunkte:

Datenanalyse, Quantitative und qualitative Methoden, Visualisierungen, Recherchen



ROLAND REY

Mitarbeiter Administration

✉ roland.rey@gfsbern.ch

Schwerpunkte:

Desktop-Publishing, Visualisierungen, Projektadministration, Vortragsadministration

gfs.bern ag
Effingerstrasse 14
CH – 3011 Bern
+41 31 311 08 06
info@gfsbern.ch
www.gfsbern.ch

Das Forschungsinstitut gfs.bern ist Mitglied des Verbands Schweizer Markt- und Sozialforschung und garantiert, dass keine Interviews mit offenen oder verdeckten Werbe-, Verkaufs- oder Bestellabsichten durchgeführt werden.

Mehr Infos unter www.schweizermarktforschung.ch

**SWISS INSIGHTS**
Institute Member

**gfs.bern**
Menschen. Meinungen. Märkte.